

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,40 M.,  
im voraus zahlbar, Halbjahres 12,00 M.,  
einzel. Bestellgr. Auslandsendungs-  
ment 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt  
und Zeit“ und „Kamerad“, ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
blätter“, „Lehrpl.“, „Bild in die  
Wirklichkeit“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration  
des Wiener, Reichs- und  
„Kleines Kapselgen“ des ein-  
seitigen Wort 25 Pfennig (gültig über  
vermehrte Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig, Streifen für das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 16 Buchstaben  
zählen für zwei Worte, Arbeitsnach-  
weise 40 Pfennig, Familienanzeigen für  
Eheverlöbte 20 Pfennig, Anzeigen-  
annahme im Ausgabebüro, Unter-  
straße 2, wochentl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Druckerei: Köpenick 202-207, Telegraf.-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37536. — Bankkonten: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Köpenick 65, Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Köpenick 2

# Reichsfinanzen und Reparationen.

## Eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding.

Auf der gestrigen Rundgebung der Hauptgemeinschaft des  
deutschen Einzelhandels überbrachte Reichsfinanzminister Dr. Hilfer-  
ding die Grüße und Wünsche der Reichsregierung und nahm in  
einer Rede zu den Problemen der Ausgleichung des Reichsetats  
unter dem Gesichtspunkt Stellung, wie die Entwicklung der Kon-  
junktur und die jetzt in Gang gekommene Endregelung der Repara-  
tionen auf die Reichsfinanzen und auf die Steuerbelastung der Wirt-  
schaft sich auswirken werden.

Die Finanzlage des Deutschen Reiches im neuen Etatjahr sei  
einmal dadurch charakterisiert, daß sich die Reparationsausgaben  
um 812 Millionen erhöht und die Einnahmen um 165 Mil-  
lionen Rückgewinn und 125 Millionen verbrauchte Ueberschüsse  
verringert haben. Daraus ergebe sich für den neuen Etat ein  
zu bedenkender Ausfall von rund 600 Millionen Mark,  
und damit begründet eine schwere Sorge für die Beschaffung  
der erforderlichen Mittel. Der Weg, an Ausgaben zu sparen,  
sei bei dem Restetat des Reiches von 6300 Millionen Mark des-  
halb größtenteils verbaut, weil es sich bei den meisten großen Aus-  
gabenposten um zwangsläufige gesetzliche Ausgaben handle, deren  
gesetzliche Voraussetzungen zu ändern außerordentlich schwierig sei.  
An den Reparationslasten, den Ausgaben für Kriegsbeschädigte,  
dem Besoldungsetat, den Ausgaben für die Reichswehr, den Aus-  
gaben für die Sozialversicherung und die Kriegsfürsorge und den  
inneren Kriegslasten, die rund 5 Milliarden erfordern, läßt sich ent-  
weder überhaupt nichts oder kaum etwas ändern, wenn man nicht  
die Vermögen der Armen leihen lassen und nicht höchst unsoziale  
Steuern veranlassen will. Aber auch für die restliche 1 Milliarde  
sind die Schwierigkeiten zur Erzielung von Ersparnissen sehr groß,  
so selbstverständlich es sei, daß mit dem größten Nachdruck auf-  
schließbare Ausgaben zurückgestellt werden.

Die Hoffnung auf die Steigerung der Reichs-  
einnahmen habe eine gewisse, aber doch von den Konjunktur-  
verhältnissen abhängige Berechtigung. Die bisherige Entwick-  
lung der Reichseinnahmen habe mit 4½ Milliarden und einem  
Ueberschuß von 100 Millionen über das Etatloß hinaus den Erwar-  
tungen voll entsprochen. Dabei haben allerdings die Länder und  
Gemeinden besser abgeschnitten als das Reich, was sich jedoch im  
zweiten Halbjahr zugunsten des Reiches noch ändern könne. Die  
hier liegende Reserve sei aber in hohem Maße abhängig von der  
weiteren Entwicklung der Konjunktur.

Dr. Hilferding sagte, daß er sich hüten, den Propheten zu spielen.  
Eicher aber haben sich die vielfachen pessimistischen Erwar-  
tungen vom Anfang dieses Jahres, daß es mit der Konjunktur  
schlimmer gehe, nicht erfüllt. Die deutsche Volkswirtschaft habe  
gegenüber allen Depressionsstrebungen eine außerordentlich starke  
Widerstandsfähigkeit bewiesen, und wenn es zu einem Abstieg der  
Konjunktur komme, so sei vorwiegend nur mit einem sehr all-  
mählichen Abstieg zu rechnen, der durch örtliche Konjunkturen  
der Weltwirtschaft weitgehend ausgeglichen werden könne. Immer-  
hin sei zu beachten, daß durch die gute diesjährige Ernte die Ein-  
nahmen aus wichtigen Zolleinstellungen verringert und  
so die Chancen für die Reichseinnahmen, die in der bisher nicht un-  
günstigen Konjunktur liegen, verfeinert werden können.

So wenig man an Steuererhöhungen vorüberkömme, so seien  
alle Bemühungen darauf gerichtet, die neuen Belastungen weder  
stark noch zahlreich zu machen. Für Einzelheiten der neuen  
Steuerregelung sei es jetzt allerdings noch zu früh. Die Reichs-  
steuerregelung sei sich der Notwendigkeit bewußt, bei der Auswahl  
und der Bemessung neuer Steuerlasten auf deren Wirkung in  
der Gesamtwirtschaft Rücksicht zu nehmen.

Als erstes werde dem Reichstag das Steuervereinheit-  
lichungsgesetz beschäftigen, bei dem aus der Verschiedenheit  
der Wirtschaftsverhältnisse in den einzelnen Ländern besondere  
Schwierigkeiten entspringen, die naturgemäß bei der heutigen Ver-  
fassungs- und Verwaltungsordnung besonders groß seien. Es sei  
für die Gesamtwirtschaft zweifellos ein sehr großer Vorteil, wenn  
durch einheitliche Veranlagungsgrundsätze Bedeutung und Wirkung  
der Realsteuern einmal klar erkannt werden können.

Große Sorgen bereite auch der von früher übernommene  
außerordentliche Etat im Betrage von 661 Millionen Mark,  
der aus Kassenmitteln des Reiches nur vorläufig gedeckt und bisher  
erst durch die Begebung von 300 Millionen Schatzwechseln beglichen  
ist. Aus dieser beengten Geldlage entspringe auch für den außer-  
ordentlichen Etat die Notwendigkeit, nach Ersparnissen zu trachten,  
überflüssige Ausgaben zu vermeiden und verschleuderte Ausgaben  
zu veranlassen. Mehr als je müsse an dem Grundgedanken der unbedingten  
Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zum Reichsetat  
festgehalten werden.

Der Druck der ungelösten Reparationsfrage

habe sich seit den Verhandlungen in Genf, wo die Einsetzung eines  
Expertenausschusses zur endgültigen Regelung beschlossen worden sei,  
wenigstens in den Hoffnungen für die Zukunft etwas verringert.  
Der Dawes-Plan habe den unschätzbaren Vorteil gebracht, daß  
grundrissliche Uebersetzungen der wirtschaftlichen Vernunft an die

Stelle der Gewalt getreten seien und mit der wirtschaftlichen Er-  
holung Deutschlands auch eine Gesundung der weltwirtschaftlichen  
Verhältnisse in Gang gekommen sei. Das böse Wort eines  
kurzsichtigen Engländers sei nicht wahr, daß  
Deutschlands Armut andere Völker bereichern könne. Das habe sich  
in der Zeit des allmählichen und erfolgreichen Wiederaufbaues  
Deutschlands erwiesen.

Eine neue Prüfung des Dawes-Plans und seiner Kosten sei nicht  
nur eine deutsche, sondern auch eine weltwirtschaftliche Not-  
wendigkeit. Trotz der befriedigenden bisherigen Wirkungen  
des Dawes-Plans sei die von ihm getroffene Regelung eine  
provisorische, weil sie aber provisorisch sei, verjage sie der Welt  
die zu einer gesunden Entwicklung erforderliche Sicherheit, und  
die sich daraus ergebende Unsicherheit hindere die Gesundung  
in der Weltwirtschaft.

Die Ueberprüfung des Dawes-Plans müsse mit der Schaffung  
endgültiger Verhältnisse, mit der Sicherheit und Berechenbarkeit der  
Kosten jene Grundvoraussetzung erfüllen, ohne die eine Gesundung  
nicht möglich sei. Jedenfalls aber sei zu hoffen und zu erwarten,  
daß durch die endgültige Regelung des Reparationsproblems auch  
für die deutsche Gesamtwirtschaft sühnbare Erleichterungen wirksam  
werden.

Wiel zu wenig werde heute in Deutschland noch beachtet, welche  
großen Fortschritte in den letzten fünf Jahren erzielt  
worden seien. Vor fünf Jahren sei es noch ausgeschlossen gewesen,  
mit Frankreich irgendwelches Gespräch auch über das  
wirtschaftlich für Deutschland Notwendigste führen zu können,  
während Deutschland heute als Gleichberechtigter  
mit den Nationen des Völkerbundes verhandelt. Die von  
dem Bankrott der deutschen Außenpolitik in Deutschland sprechen,  
haben vergessen, was seit fünf Jahren in Deutschland sich geändert  
habe und von Deutschland erreicht worden sei. Der Stabilisierung  
der Währung sei der ungeheure, von der Welt bewunderte Prozeß  
der Rationalisierung der gesamten Wirtschaft gefolgt, und wie man  
den Geschehnissen seit 1923 auch gegenüberstehe, die seit damals  
geleistete große Arbeit berechtige auch in der Zukunft zur Zuversicht.

## Wiener Rußlandgeschäfte.

### Unter Ausfallgarantie der Stadtgemeinde.

Unter Haftung der Gemeinde Wien sind neuerdings Rußland-  
geschäfte in Höhe von 423 413 Dollar, davon 407 754 Dollar auf  
zweijährigen Kredit, zustande gekommen. Die Gesamtheit der bisher  
unter Gemeindehaftung zustande gekommenen Rußlandgeschäfte be-  
trägt 3 726 000 Dollar oder 26,1 Millionen Schilling.

## Horan verrät seine Helfer.

### Ein französischer Journalist und ein hoher Beamter.

Paris, 12. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Persönlichkeit des Korrespondenten der Hearst-  
presse Horan wird jetzt allmählich in volles Licht gerückt. Horan  
ist aus dem anglo-amerikanischen Presseverband ausgeschlossen wor-  
den, nicht allein weil er seinen Kollegen den Tatbestand falsch dar-  
stellte, sondern weil er der französischen Polizei die Personen  
verraten hat, die ihm die bewußten Dokumente verschafft haben.  
Es handelt sich dabei in erster Linie um einen französischen  
Journalisten, der seine Vertrauensstellung beim  
Quai d'Orsay zu einer Gefälligkeit für Horan mißbraucht hat.  
Dieser Journalist hat seinerseits das Dokument von einem hohen  
Beamten des Quai d'Orsay erhalten, dessen Namen noch geheim-  
gehalten wird. Die von Horan selbst seinen Kollegen gegebene Ver-  
sion, derzufolge sein Chef Hearst ihm selbst die Papiere verschafft  
haben sollte, hat sich in allen Punkten als falsch erwiesen.  
Außenminister Briand wird am Dienstag den Ministerrat  
über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung unterrichten. Die  
Regierung dürfte dann das Weitere beschließen.

## Die Fahrt des „Graf Zeppelin“

### Die Azoren passiert!

Porto, 12. Oktober.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat um 22 Uhr  
britischer Zeit die zur Azorengruppe gehörende  
Insel San Miguel in einer Entfernung von 30 bis 35  
Meilen passiert. Das Wetter ist regnerisch und un-  
sichtig, der Sturm ist abgeklaut. Das Luftschiff  
hatte eine Geschwindigkeit von 81 Seemeilen, es steht  
in dauernder Funkverbindung mit der Marconi-Station  
San Miguel.

## Mussolinis Verfassung.

### Italiens König hat künftig nur noch zu gehorchen.

Von G. E. Modigliani.

Zwischen 1922 und 1925 wurde der „Große Rat“ aus  
der faschistischen Partei gebildet. Zu manchen Zeiten konnte  
er sich sogar rühmen, irgendwie im Zusammenhang mit der  
Wählererschaft entstanden zu sein. Aber nachdem die fort-  
dauernden Proteste des Parlaments dem Faschismus end-  
gültig jede Möglichkeit versperrt hatten, sich mit der öffent-  
lichen Meinung Italiens und der zivilisierten Welt auszu-  
söhnen, und er genötigt wurde, sein oligarchisches und terro-  
ristisches Wesen maßlos zu übersteigern, änderte der Große  
Rat, wie übrigens die ganze Parteistruktur, vollständig sein  
Gesicht. Innerhalb der Partei wurde jede Spur eines Re-  
präsentativsystems unterdrückt; der Große Rat wurde schließ-  
lich zu einem Ministerrat, der durch ein Duzend hoher  
Parteifunktionäre verstärkt wurde.

Man muß aber nicht denken, daß die Anwesenheit der  
Minister und einiger Unterstaatssekretäre im Großen Rat  
für diesen jemals eine Abhängigkeit vom Parlament begrün-  
det hätte. Diese Folge hätte sich in einem Lande ergeben,  
wo die Minister indirekt durch das allgemeine Wahlrecht er-  
wählt werden, aber nicht in Italien, wo die Minister lediglich  
Mitarbeiter des Duce sind, die er nach Belieben ent-  
lassen kann. Neben den Ministern, die seit drei Jahren nicht  
aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen sind, sitzen  
die Wortführer der großkapitalistischen Interessen im Großen  
Rat; Ruffini, der mit der Aufrechterhaltung der sklavischen  
Disziplin und den „offiziellen“ Gewerkschaften betraut ist;  
andere Funktionäre derselben Art und endlich die Partei-  
führer, die die Wortführer der wahren aber verdeckten Kräfte  
des Faschismus sind: die lokalen Führer, die infolge ihrer  
Unwissenheit an den Schandtatzen des Faschismus un-  
anerkennbar gemorden sind, Mittelspersonen bei kom-  
promittierenden Geheimnissen und Vertreter der Presse, die  
zwar gehorcht, aber doch instand wäre, zu erpressen.

Der Große Rat des Faschismus wird von nun an offiziell  
weiter im geheimen jene Weisungen erlassen, die die  
Kammer und der Senat in Gesetze umwandeln und die Re-  
gierung durch Dekrete in Kraft setzen. Diese Weisungen  
werden weiter von dem Größenwahn des Duce, von der  
imperialistischen Ueberzeugung einiger politischer Strabanten  
vom Schlage Federzoni und Corradini, von den Interessen  
des Trustkapitals, von der wertvollen und unermüdlichen  
Mitarbeit hoher Würdenträger des Vatikans und von der  
Korruption und der Spekulation diktiert werden, die die  
ganze Verwaltung durchziehen.

Indem aber der Große Rat „gehehlich verankert“ wird,  
treten andere verfassungsmäßige italienische Institutionen  
in den Hintergrund und verlieren jegliche Bedeutung.  
Zunächst einmal die Deputiertenkammer. Schon  
die letzte sogenannte Wahlreform hatte sie zu einem will-  
fährigen Instrument der Diktatur gemacht, denn diese Reform  
übertrug dem Großen Rat die Aufgabe, die Kandidaten zu  
bezeichnen. Von nun an wird der Große Rat selbst auf  
gesetzlichem Wege der Kammer ihre Stellungnahme zu allen  
wichtigen Fragen vorschreiben. Die Aufgabe der Kammer  
ist die einer Schirmwand, die verdecken soll, daß Italien  
heute absolut beherrscht wird. Aber trotzdem wird sich  
niemand durch einen Schwindel täuschen lassen, dessen sich  
alle modernen Diktatoren gleichermaßen bedienen.

Am meisten jedoch von allen politischen Institutionen  
wird die Krone ihrer Bedeutung entkleidet und lächer-  
lich gemacht. Die Mitglieder des Großen Rates, die hierzu  
nicht durch den Willen des Königs, sondern durch ihre Funk-  
tionen und ihre Stellung, die ihnen der Faschismus über-  
tragen hat, berufen sind, werden künftig durch ein Dekret des  
Königs bestätigt, was einfach bedeutet, daß der König der  
faschistischen Oligarchie aufs Wort folgen muß. Wäh-  
rend bisher wenigstens nach außen hin der König das  
Recht hatte, seine Minister zu wählen, wird nun durch  
Artikel 8 der Reform festgelegt, daß der Große Rat „die Liste  
der Personen aufgestellt und auf dem laufenden hält, die er  
für geeignet erachtet, Regierungsämter zu übernehmen“. Der  
König steht also gewissermaßen einem Stellvertreter-  
mittlungsbureau für Minister gegenüber, das  
nicht einmal mehr den Schein wahr und dem König Er-  
nennungen vorschreibt, die dieser nach Gutdünken vornehmheit  
jollte.

In der Ernennung der Minister ist der König allerdings  
schon lange hinter Mussolini zurückgetreten. Durch das  
berühmte Dekret vom Juni 1925 ernannte sich Mussolini  
zum Regierungschef und setzte durch, daß die Minister ihm  
und nicht dem König verantwortlich sind. Heute hat der  
König den Befehlen des Großen Rates zu gehorchen,  
selbst wenn es sich um die Ernennung des Ministerialpräsi-  
den und Regierungschefs handelt, also unter der Voraus-  
setzung, daß Mussolini verschwindet.

Bis jetzt hatte der König von Italien wenigstens  
theoretisch das Recht, falls die Neubildung der Regierung  
erforderlich würde, sie Personen zu übertragen, die seiner

Meinung nach die Mehrheit am besten repräsentieren können. Artikel 8 der neuen Reform schreibt nun aber vor, daß der Große Rat die Liste der der Krone vorzuschlagenden Namen für die Ernennung des Regierungschefs, falls diese notwendig wird, aufstellt und auf dem laufenden hält. Natürlich heißt das, daß diese Liste von Mussolini selbst auf dem laufenden gehalten wird, so daß, falls Mussolini stirbt, die Krone eine Liste von Nachfolgern erhält, die von dem Toten nach der Rangordnung aufgestellt ist. Der König gebraucht daher sein souveränes Recht — solange er es überhaupt noch besitzen wird — um die Liste der Erben in Kraft zu setzen, die der Große Rat ihm vorlegt. Der König von Italien hat von nun an ungefähr die Aufgaben eines Notars, oder, besser gesagt, die eines Schreibers und Dieners des Faschismus.

Die gefestigte Verankerung des Großen Rats bedeutet die Verankerung der Herrschaft einer immer kleineren, aber immer mächtigeren Gruppe, an deren Spitze der immer machtlosere König steht. Ein Rat der Zehn und der Dogen. Immerhin gab es gewisse Dogen, die durchschaubar, was ihre Autorität und was die Rats der Zehn bedeutete. Und selbst die Macht des Rats der Zehn, die unerschütterlich schien, wurde gebrochen und dazu mußte man nicht einmal auf das zwanzigste Jahrhundert warten!

## Neuer Geist im Strafvollzug.

Eine Veröffentlichung des preussischen Justizministeriums. — Ein Anstaltslehrer erzählt.

Die Mauern der Zuchthäuser und Gefängnisse drohen kahl und düster, genau wie vor der Revolution. Dennoch beginnt auch hinter diesen Mauern unaufhaltsam der Geist einer neueren, menschlicheren Zeit Einzug zu halten. Es ist merkwürdig, wie gedankenlos die Menschheit sich hundert Jahre lang damit abgefunden hat, ihre straffällig gewordenen Mitglieder längere Zeit in einem Käfig zu verwahren, um sie dann gänzlich ungehebert, ja fälschlich noch verschlechtert, von neuem auf die Welt loszulassen. Langsam eist jetzt sich der Gedanke durch, daß Bessern notwendiger ist als Strafen, während bekämpft durch das Entrüstungsgeschrei ehrwürdiger Philister, deren hartes Gemüt befeuert, daß die Gefängnisse zu „Sanatorien“, Zuchthäuser zu „Bergungssstätten“ werden könnten. Als ob nicht die Freiheitsentziehung an sich bereits eine unausgleichbare Verminderung aller Lebensfreuden bedeutet, über die keinerlei Vergünstigungen den Betroffenen hinwegtäuschen können.

Der Erziehungsgedanke setzt sich siegreich durch, das lehrt das vom preussischen Justizministerium herausgegebene inhaltreiche Werk: „Strafvollzug in Preußen.“ (V. Bensheimer 1928.) Fast alle Mitarbeiter, vom Justizminister selber angefangen bis zum Gefängnislehrer, Gefängnisarzt und Strafanstaltsvorsteher, bejahen diesen Gedanken freudig und lebhaft. Nur der Verfasser eines ärztlichen Artikels, der Zentrumsabgeordnete Dr. Wester, fühlt sich merkwürdigerweise berufen, eine Ausnahme zu machen und das längst als unsinnig erkannte „Vergeltungsprinzip“ über das Besserungsprinzip zu stellen.

Von dieser Ausnahme abgesehen, hat man keine heile Freude daran, wenn man nachliest, mit welcher überzeugtem Eifer die maßgebenden Leiter des preussischen Strafvollzugs an der für notwendig erkannten Aufgabe arbeiten, eine völlige Umstellung des aus dem Spärgelstall überkommenen barbarischen Strafvollzugs vorzunehmen. Jeder wirt sich hier als Heimgärtchen die finanzielle Misere des Staates aus. Sie verhindern z. B., daß das System des Strafvollzugs in Stufen so zur Anwendung gelangt, daß es seine vollen Erfolgsmöglichkeiten einläßt. Dieses System will den Gefangenen durch Erziehung zu eigener Verantwortung wieder an die Freiheit zurückgewöhnen. Nicht bloß Objekt des Strafvollzugs soll der Gefangene sein, sondern in dem Gefühl leben, daß die Gestaltung seines Strafvollzugs, das Maß der zu erlangenden Vergünstigungen und Freiheiten in seine Hand gelegt ist, von seinem Verhalten abhängt. Dazu ist freilich nötig eine gewisse räumliche Trennung zwischen den einzelnen Klassen, eine völlige Absonderung der (heute den Strafvollzug hauptsächlich störenden) psychopathischen Elemente und ferner die absolute Trennung der Jugendlichen von den Erwachsenen. Damit dies gelinge, muß erst der größte Teil der Strafanstalten verschwinden, die uns der alte Staat in Kerkern, Festungen, ehemaligen Klöstern usw. hinterlassen hat und die nie etwas anderes werden sein können als Raubtierzwinger, deren Anwesen heftig und gesundheitlich gleichermäßen zermalmend werden.

In welchem Maße christliche Milde und ideale Hingabe an dem Besserungszweck aufbauend wirken können, das lehrt das Buch des Strafanstaltslehrers Friß Kleist. „Im Jugendgefängnis“, das als Beiwerk zur Monatschrift der entscheidenden Schulreformer erschienen ist. Man lese, von ihm selber, schlicht vorgezogen, was er in der Jugendabteilung der Strafanstalt Breslau unter „ausfallenden“ Fürsorgegefallenen und jugendlichen Schwerverbrechern gewirkt hat, wie er in unermüdlichem Bemühen den auch im Verworfensten schimmernden Keim des Guten zu wecken und zu entfalten bemüht gewesen ist. Nicht immer mit Erfolg. Aber ist es nicht schon eine stolze, herzerhebende Leistung, wenn auch nur ein Teil derer gebessert, für sich selbst und für die Mitwelt gerettet wird, die sonst samt und sonders unschuldig auf der Bahn des Verfalls verbrochert hätten? Wie viele solche Kleist's, die mit Menschenliebe und opferbereitem Idealismus an die Besserung der Straffälligen herangehen, wünschen wir dem deutschen Strafvollzug. Trotz aller „heißigen“ Stahlhelm-Tiraden: in der Liebe und Arbeit eines Friß Kleist für seine jugendlichen Straffälligen ist mehr wirkliches Heiligtum, als je in einem ganzen preussischen Offizierskorps beisammen gewesen hat!

## KPD-Streich in Mannheim.

Mythifikation durch Fernsprecher.

Mannheim, 12. Oktober (Eigenbericht).

Die Redaktion der „Volksstimme“ wurde heute kurz vor Redaktionsschluss angeblich von KPD-angefahren, und es wurde ihr mitgeteilt, daß Genosse Viktor Schiff in Berlin von Kommunisten überfallen und schwer verletzt worden sei. Die Redaktion nahm diese falsche Nachricht auf — unmittelbar danach erschien jedoch ein kommunistisches Extrablatt, das die „Volksstimme“ beschuldigte, die Nachricht erfunden zu haben, um die kommunistische Propaganda für das Volksbegehren zu schädigen. Offenbar haben die Kommunisten selber die „Volksstimme“ hineingelegt und zugleich schon ihre gedruckte Unterstützung vorbereitet.

In Mannheim haben sich in den ersten neun Tagen rund 3700 Leute gegen das Volksbegehren 43000 vor vier Jahren. Propaganda gegen das Volksbegehren ist also gar nicht notwendig. Desto besser ist die Verweigerung der Kommunisten, die auf krummen Wegen zu erreichen suchen, was ihnen auf geradem verjagt bleibt.

# Stalin-Brief nach Berlin.

Umsfallkandidaten und 100prozentige Korruptionisten.

In der KPD bleibt es heiter. Rechte, „Versöhnliche“, rechtes und linkes Zentrum, Halblinke und Ganzlinke führen ihre Tänze auf, die der „Volksstimme“, das Organ des Lenin-Bundes, mit seinem Scheinwerfer beleuchtet. Dieses Blatt weiß jetzt zu erzählen, daß außer dem offiziellen Ekki-Brief auch noch ein persönliches Handschreiben Stalins in Berlin eingetroffen sei, das furchtbar eingeschlagen habe. Die Wirkung wird folgendermaßen geschildert:

Erwert hat die Führung seiner Fraktion an Gerhard abgetreten.

Die Redaktion der „Roten Fahne“ ist neu besetzt. Dengel, der ewige Umsfallkandidat, darf mit seinem Namen die Schmierereien des Heinz Neumann decken.

Auch selbst über der KPD, Berlin-Brandenburg soll ein Gewitter heraufziehen. Wilhelm Piesch's Stellung gilt als erschüttert. Sein Nachfolger soll ein 100prozentiger Korruptionist Thälmannscher Couleur werden.

Thälmann fühlt sich wieder in seinem Element. Ein Dame-Ludengestank umschmeichelt den „Allgewaltigen“ und giert nach Posten.

Unter der Leberschrift: „KPD-Mitglieder, so merdet ihr belogen!“ schreibt das genannte Blatt weiter:

Am 28. September kämpfte noch die Korruptions-Fahne für „rücksichtsloses Aussprechen in voller Klarheit vor der Arbeiteröffentlichkeit“.

Thälmann, Scheer, Brosche, Rief wurden in der „Roten Fahne“ beschuldigt, nicht nur den Fall Wittorf verschleppt, sondern ihn auch noch als politischen Leiter in der Fraktion und in der Partei belassen zu haben.

Das war vor 14 Tagen.

Heute schreibt die Korruptions-Fahne von einem „hinterhältigen Ueberfall“ — auf die Parteimitgliedschaft durch die Protektoren Wittorf? I bemahre, auf Thälmann, ausgerechnet auf den Schieber Thälmann, der noch seine Kumpone zusammenrommelte und ihnen Schweigegebot auferlegte, als bereits in Hamburg die Untersuchungskommission tätig war!

„Die Fahne des Kommunismus“ beschuldigt den Fall prinzipiell:

Im September 1925 befehlte der „Ekki-Brief“ die Unte-Führung der KPD und setzte an ihre Stelle — angeblich nur als Personenwechsel — die Thälmann-Führung. Daß der „Ekki-Brief“ nichts weiter war als die Einleitung eines neuen, opportunistischen Kurzes der KPD, braucht heute nicht mehr bewiesen werden, das ist bereits durch die Geschichte bestätigt. Thälmann, der Held der linken Phrase, der Mann, der auf der einen Seite typisch KPDistische Sätze trägt, auf der anderen Seite aber Opportunist reinsten Wassers ist, der dazu an einer an Größenwahnsinn grenzenden Einbildung leidet, der, besonders unter Einfluß von Altpohl, nicht die geringste Hemmung kennt, er wurde mit einem Stab von politischen Chamäleon und korrupten Gestalten umgeben, die seine „theoretischen Säulen“ darzustellen hatten, ihm Kritik und Reden aufschrieben, und die neue Parteiführung war fertig. Sie ist in Moskau geschaffen, lebt von der Gnade der derzeitigen Führung der KPD und wird erst fallen gelassen werden, wenn sie reflexlos ausgemerzt hat.

Die KPD hat durch diese Vorgänge vor der Öffentlichkeit einen weiteren ungeheuren Schlag verfehlt bekommen. Eine „Füh-

rung“, welche keinen eigenen Entschluß fassen darf, ohne vorher bei der Exekutive angefragt zu haben, ist keine Führung. Eine solche Partei, mit einer solchen Führung, wird nie der SPD gefährlich, wird nie die Arbeiterklasse wirklich führen.

Nach dem Ekki-Brief ist der Schlag gegen Thälmann von den „politischen Gegnern“ im Zentralkomitee der KPD, den „Rechten“ und den „Versöhnlichen“, geführt worden. Die sind einstweilen durch den Ekki-Brief stumm gemacht und an die Wand gedrückt. Die „Linken“ aber trommeln auf Teddy Thälmann weiter; sie können es sich leisten, da sie ja schon hinausgeworfen sind und nichts mehr zu verlieren haben. Wenn es erst den „Rechten“ und den „Versöhnlichen“ ebenso gegangen sein wird, wird man auch von ihnen erbauliche Dinge erfahren.

## Sozialdemokratie für Volksbegehren!

Eine kommunistische Entdeckung.

Die kommunistische Presse hat eine grandiose Entdeckung gemacht. Grandios nicht nach unserer, sondern nach ihrer Meinung.

Sie weiß zu melden, daß die Ortsgruppe der Sozialdemokratie in Brucksteine bei Münsterberg (Schlesien) sich vom ersten Vorsitzenden bis zum letzten Mann geschlossen für das Volksbegehren eingelassen hat. Wir haben uns für diese Sache selbst interessiert, schon um zu prüfen, ob die kommunistische Presse ausnahmsweise einmal die Wahrheit gesagt hat. Aber auch hier das alte Lied, der übliche Schwindel. In Brucksteine zählt die Sozialdemokratie nicht hundert oder tausend Mitglieder, sie besitzt hier überhaupt keine Ortsgruppe. Aber was nicht ist, kann noch werden. Insofern vermag sich selbst ein kommunistischer Schwindel zum Guten auszuwirken.

Warum diese kommunistische Verlogenheit? Man braucht sich nur die bisherigen Ergebnisse des Volksbegehrens in Schlesien anzusehen, und das Rätsel ist gelöst. In Dugenden von Dörfern hat sich bis jetzt überhaupt kein Mensch eingetragen. In den Städten herrscht der gleiche Zustand. Die kommunistische Agitation aerpußt, das Geld ist nutzlos veran. Die Niederlage ist auch in Schlesien besiegelt. In dieser Situation verfährt man auf agitatorische Mittel, die sich letzten Endes nur gegen deren Urheber auswirken werden.

## Keine Unterschriften — dafür Kadav!

Königsberg i. Pr., 12. Oktober (Eigenbericht).

In einer Versammlung, der mehr als 2000 Personen beizuhören, sprach gestern abend Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Rolles, Berlin über das Thema „Kommunistischer Trug und sozialistischer Aufbau“. In der Debatte ergriff der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kollwitz das Wort; er wollte sich an die vorgeschriebene Redezeit von 20 Minuten nicht halten und gab dadurch den ersten Anlaß zu Tumulten. Die sich zu schweren Schlägereien festlegten, bei denen zahlreiche Personen verletzt wurden. Es wurde auch ein Schuß abgegeben. Schließlich räumte Polizei unter Anwendung der „Gummiknüppel“ dem Soz. Die Mut der Kommunisten ist nicht zum geringsten Teil auf den kläglichen Misserfolg ihres Volksbegehrens zurückzuführen, für das sie bis gestern abend hier nicht mehr als 2000 Unterschriften aufgebracht haben!

## Die Teno macht mobil.

Aber es wird nichts helfen!

Die Leiter der Technischen Rothilfe bemühen sich durch Hinweis auf die Notwendigkeit ihres Unternehmens die bevorstehende Liquidierung zu hinterziehen. Sie versuchen zunächst durch Pressenotizen den Anschein zu erwecken, als ob sich einzelne Länderregierungen für ein Weiterbestehen einsetzten. Als Beispiel wurde Bayern angeführt, das bereits namhafte Beträge für die Teno eingekippt habe. Die bayerische Regierung bezieht sich mit einem Dementi. Bayern, so hieß es in der Richtigeitung, habe genug mit seiner schwierigen Finanzlage zu tun, es habe kein Geld für die Teno übrig. Dieser Teil des Beweises ist also gründlich danebengegangen.

Nicht weniger lächerlich sind die anderen Rettungsoptionen, von denen man hört. So hat man aus den ostpreussischen Kreisen Sensburg, Dreßburg, Bohannsburg, And, Böhen, Allenstein und Raftenburg auf Automobilen und Lastkraftwagen ungefähr 1000 Rothelfer nach Rudzany transportiert, um die Bösung eines angenommenen Waldbrandes zu demonstrieren! In der Oberförsterei Siedelstedt, Kreis Soldin, die die Teno mit einer ähnlichen Demonstration beehrte, legte man sogar einen künstlichen Waldbrand an, der infolge der Trockenheit zu einer ernstlichen Feuergefahr anzuwachsen drohte. Hinterher

## Vor fünfzig Jahren.

Amstlicher Schwindelbericht über Bebel.

Die Verleumdung der Sozialdemokratie war schon vor dem Sozialistengesetz sozusagen Amtspflicht in Deutschland. Danon zeugt auch dieses Dokument:

„Auswärtiges Amt. Berlin, den 6. April 1878.

Seiner Excellenz dem Königl. Staatsminister und Minister des Innern Herrn Grafen zu Eulenburg.

Nach einer unzuverlässigen Mitteilung aus Paris hat der Reichstagsabgeordnete Bebel sich keineswegs, wie Deutsche Zeitungen gemeldet hatten, nur zu gewerblichen Zwecken dorthin begeben, sondern sich mit den Französischen Hauptern der Internationale in Verbindung gesetzt und hilft ihnen mit Geldmitteln aus, an denen es denselben sehr mangelt, während Bebel reichlich damit versehen ist. Welchen großen Einfluß die Deutschen Sozialisten auf die übrigen Parteigenossen gewonnen haben, ist in den Verhandlungen des Genfer Congresses hervorgetreten, deren Kenntnis ich einer gefälligen Mitteilung Eurex Excellenz Herrn Vorgängers verdanke.

B. Bälou.

Am 15. April 1878 mußte der Berliner Polizeipräsident Nadai dem Minister des Innern Grafen zu Eulenburg mitteilen, daß die Meldung des Auswärtigen Amtes auf einem Irrtum beruhe. Bebel verblühe gegenwärtig in Leipzig einen Strafzeit von 4 Monaten und 14 Tagen...!

legte es Kritiken, Dankfugungen und die Verteilung der bronzenen Plakette (der „höchsten“ Auszeichnung der Technischen Rothilfe), wie in einem Kaisermandat.

Die Deffentlichkeit wird durch derartige kostspielige Spielereien nicht getäuscht, das Schicksal der Technischen Rothilfe nicht geändert werden. Die Technische Rothilfe läte besser, die Beweise für die Ueberflüssigkeit ihres parasitären Daseins nicht noch zu vermehren.

## Lettow-Vorbeds Mandat.

Zwungen der Volkspartei über deutschnationalen Mandats-schacher.

München, 12. Oktober. (Eigenbericht).

Am 10. Okt ist der verantwortliche Redakteur der „Münchener Post“ Gruber wegen Beleidigung des deutschnationalen Spitzenkandidaten Lettow-Vorbede verurteilt worden. Das Blatt hatte behauptet, Lettow-Vorbede habe die Uebernahme der Spitzenkandidatur von einer jährlichen Bezahlung von 20 000 M. abhängig gemacht, die dann in internen Verhandlungen auf 20 000 M. herabgedrückt worden sei. Da der Angeklagte sich weigerte, den Gewährsmann der damals aufsehenerregenden Mitteilung zu nennen, war seine Verurteilung unabwendbar. Er erhielt die unglaublich hohe Geldstrafe von 3000 M. Gruber hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Die am Freitag vor dem Landgericht München durchgeführte Berufungsverhandlung ergab ein wesentlich anderes Bild. Zu der Verhandlung war der Architekt Langenberger, ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, erschienen, der im Münchener Kaufmannslokale ein Gespräch prominenter Mitglieder der Deutschnationalen Partei angehört hatte. Danach sei tatsächlich die Frage erörtert worden, ob man einem Kandidaten, der seine ganze Kraft der Partei zur Verfügung stelle, nicht eine Aufwandsentschädigung von 20 000 bis 25 000 M. geben solle. Dabei sei bedauert worden, daß es bisher nicht gelang, die nötigen Gelder aus bayerischen Wirtschaftskreisen aufzubringen.

Unabhängig davon hatte vorher schon der ebenfalls der Deutschen Volkspartei angehörende Stadtrat und Kommerzienrat Jodlbauer der sozialdemokratischen Stadtrat Schilling gegenüber in ganz bestimmter Form Mitteilung über das vom deutschnationalen Spitzenkandidaten Lettow-Vorbede geforderte und von der Deutschnationalen Partei gewährte jährliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 000 M. gemacht. Schilling hielt diese Nachricht für so unglücklich, daß er Jodlbauer mehrmals nach ihrer Richtigkeit fragte, worauf ihm dieser erwiderte, er habe die Nachricht aus allererster, absolut sicherer Quelle. Jodlbauer habe auch nichts gegen die publizistische Verwendung dieser Nachrichten einzuwenden.

Alle diese Dinge sind in der erstinstanzlichen Verhandlung nicht erörtert worden. Unter diesen Umständen konnte das Gericht nicht in Abrede stellen, daß die Redaktion der „Münchener Post“ die Nachricht im guten Glauben an ihre Richtigkeit veröffentlicht hat. Es ermäßigte deshalb die Strafe auf den allerdings immer noch recht beträchtlichen Betrag von 1000 M.

# Funkspruchwechsel mit dem Luftschiff.

## Glatte Fahrt über dem Atlantik. — Ueber Madeira gesichtet.

Im Laufe des gestrigen Tages hat sich der Flug des Zeppelin-Luftschiffes anscheinend glatt, ohne wesentliche Kursabweichungen vollzogen. Nach Verlassen des europäischen Festlandes bei Gibraltar wandte sich das Luftschiff in südwestlicher Richtung der afrikanischen Küste zu, bog dann scharf nach Westen ab und nahm Kurs auf die Insel Madeira, die gegen 14 Uhr überflogen wurde. Von Madeira ab wird der nächste Teil der Fahrt aller Voraussicht nach glatt verlaufen und erst bei der Hälfte der Strecke Azoren — Bermuda wird ein Tiefdruckgebiet, das sich augenblicklich von der Ostküste Nordamerikas nach Südosten vorzieht, unter Umständen noch eine weitere Umfliegung notwendig machen. Immerhin ist es aber möglich, daß sich die Wetterlage bis dahin noch grundlegend ändert. Von den Bermuda-Inseln ab dürften wieder günstige Ostwinde die Fahrt nach New York beschleunigen. Die durch das von Irland bis zu den Azoren sich erstreckende, immer noch feststehende Tiefdruckgebiet hervorgerufenen Weststürme sind nun glücklich umflogen. Es ist anzunehmen, daß „Graf Zeppelin“ für die nächsten 24 Stunden weitere glatte Fahrt haben wird. Bis zum Passieren von Madeira hat der „Graf Zeppelin“ in noch nicht ganz 30 stündiger Fahrt eine Strecke zurückgelegt, die in gerader Luftlinie etwa 2800 Kilometer umfaßt.

### Gesichtet!

Nach einer in New York eingegangenen Mitteilung der Radio Corporation ist ein drahtloses Telegramm von dem britischen Dampfer „Comeric“ eingegangen, wonach „Graf Zeppelin“ gestern sieben Grad westlicher Länge, 35 Grad nördlicher Breite, in westlicher Richtung fliegend, gesichtet wurde. Der angegebene Standort liegt südwestlich von Gibraltar, etwa 300 Kilometer südlich Cap St. Vincent.

Ein Telegramm der „Western Union“ aus Horta auf den Azoren besagt, daß „Graf Zeppelin“ um 13 Uhr mit Sao Miguel drahtlos verkehrte und um 13.35 Uhr die Madeira-Inseln überflog.

Beim Passieren von Funchal (Madeira) hatte das Luftschiff „Graf Zeppelin“ eine Geschwindigkeit von rund 130 Kilometer in der Stunde. Es flog in großer Höhe in der Richtung der Azoren.

Die Festsitzung des „Graf Zeppelin“ hat das Marineministerium in Washington drahtlos um Wettervorhersage für das Gebiet über dem atlantischen Ozean, insbesondere für das Dreieck Madeira, Azoren, Bermudas ersucht.

### Friedrichshafener Bericht.

Nach den bis heute abend bei der Werft vorliegenden Wettermeldungen herrschen auf dem Atlantik weiterhin schwere Westwinde bis zum 35. Grad nördlicher Breite; unter diesem dürfte Windstille bzw. Ostwind herrschen. Darauf ist auch die hier mit großer Befriedigung aufgenommene Schnelligkeit der Fahrt des „Graf Zeppelin“ von Gibraltar bis Madeira zurückzuführen, und es wird als sicher angenommen, daß er mit Wind gehalten hat und dabei eine Geschwindigkeit von 150 Kilometern erreichte. Das Schiff dürfte nunmehr direkten Kurs nach den Bermudas-Inseln nehmen und so an den Azoren südlich vorbeikommen. Bei Beibehaltung der Geschwindigkeit glaubt man hier, daß das Schiff morgen bei Tagesanbruch zwischen dem 35. und 40. Grad westlicher Länge stehen dürfte. Dann würde die etwa 3000 Kilometer lange Strecke Madeira—Bermudas bis Sonntag nachmittag bewältigt werden. Vor dort wäre es nach einer guten Tagesreise, so daß das Schiff gegen Montag mittag in New York eintreffen würde. Allerdings

bedürft man hier, daß im letzten Drittel der Fahrt ein über West liegendes Tief das Luftschiff erreicht und daß es dann nach Süden werde ausweichen müssen.

### Die Funksprüche.

Die Deutsche Seewarte in Hamburg erklärt, daß sie im Laufe des Donnerstags viermal Wetterberichte an das Zeppelin-Luftschiff gegeben habe, die von diesem jedesmal bestätigt worden seien. Der letzte Wetterbericht sei am Freitag um acht Uhr an „Graf Zeppelin“ gegeben und von diesem als gut empfangen bestätigt worden. Aus dieser Bestätigung der Wettermeldungen durch das Luftschiff schließt man auf der Deutschen Seewarte, daß das Luftschiff auf seinem Kurs nach den Azoren geblieben ist und daß sich an Bord alles wohl befindet.

Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt hat gestern nachmittag von 16.30 bis 16.50 Uhr in direktem Verkehr mit ihrer Kurzwellen-Versuchsstation an Bord des „Graf Zeppelin“ gestanden. Die Versuche haben gut funktioniert. Der Empfang bei der Versuchsanstalt war ausgezeichnet. Die Fahrt des Luftschiffes verläuft bisher glatt.

Von sachmännlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß das spätere Eintreffen von Meldungen aus dem Schiff mit der starken Inanspruchnahme der Funkstation durch den Wetterdienst zu erklären sei. Die Führung des Schiffes muß sich ihre Wetterkarte selbst zusammenstellen und braucht als Material dafür natürlich sehr viel Meldungen. Diese Bekalzung hat wohl dazu beigetragen, daß auch die Werft in Friedrichshafen bisher überhaupt noch keine Positionsmeldungen von Bord bekommen hat. Die amerikanischen Pressevertreter sind offenbar die einzigen, denen es bisher gelungen ist, nennenswerte Nachrichten durchzubringen. Es scheint, daß die Bordstation in der Zeit, die von Wettermeldungen frei ist, von den amerikanischen Pressevertretern vollkommen blockiert ist, so daß z. B. ein Telegramm, das die Friedrichshafener Werft gestern abend abschickte, erst nach sieben Stunden in die Hände Dr. Catenes gelangte.

### An Bord weiter alles wohl.

Der Dampfer „Stuttgart“ hörte ein Gespräch zwischen dem „Graf Zeppelin“ und der Marconi-Station auf den Azoren ab, wonach an Bord des „Zeppelin“ alles wohl ist.

### Chamberlins Berlin-Flug auf heute verschoben

Paris, 12. Oktober.

Der amerikanische Flieger Clarence Chamberlin ist mit einem Spezialflugzeug, mit dem er eine Schnellverbindung Washington—Berlin unter Benutzung des Dampfers und des Flugzeugs herzustellen beabsichtigt, gegen mittag aus Cherbourg in Le Bourget eingetroffen. Er hatte seine Gattin und drei Passagiere an Bord. Chamberlin mußte seine ursprüngliche Abfahrtszeit nach Berlin-Tempelhof seinen Flug verschieben, wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse aufgeben und seine Fahrt auf Sonnabend früh verschieben.

### Französische U-Bootkatastrophe.

#### Von einem griechischen Dampfer gerammt und gesunken.

Paris, 12. Oktober.

Wie Havas meldet, ist das vermisste Unterseeboot „Ondine“ in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober gegen ein Uhr auf der Höhe von Porto von einem griechischen Dampfer zum Sinken gebracht worden. Das Unterseeboot hatte als Besatzung drei Offiziere und vierzig Mann an Bord.

### Bergungsarbeiten in Prag.

#### Vier Leichen geborgen. — Soldaten werden ohnmächtig.

Prag, 12. Oktober.

Obgleich die Rettungsarbeiten an der Unglücksstätte des eingestürzten Hochhauses mit derselben Energie wie Donnerstag andauern und noch dadurch erschwert wurden, daß mehrere Krane gestohrt werden mußten, ist es noch nicht gelungen, bis in die drei anderen Stockwerke vorzudringen, wo viele Infalltote und Monteure verschüttet liegen.

Von 8 bis 12 Uhr vormittags wurden am Freitag weitere vier gräßlich verstümmelte Leichen von Arbeitern gefunden und geborgen. Die Ausgrabungen werden dadurch fast unentwärtlich schwer, weil die ohnehin schon schlechte Luft in der Tiefe förmlich mit Verwesungsgeruch geschwängert ist. Die Arbeiter können nur kurze Zeit an die Stellen heran, wo offenbar noch Leichen liegen. Eine Reihe von Soldaten, die zu diesem schweren Dienst kommandiert wurden, sind ohnmächtig geworden. Die am Freitag ausgegrabenen vier Leichen konnten sämtlich festgestellt werden. Soweit sie ihren bei sich trugen, waren diese um 15.05 Uhr festgehalten. Die genaue Zahl der Todesopfer ist immer noch ungewiß. Im Krankenhaus ist abermals ein Arbeiter seinen Verletzungen erlegen, so daß insgesamt bis jetzt 37 Tote geborgen wurden.

### Das Steuergewissen mancher Bankiers

#### Und wie der Finanzbeamte Schulze daraus Nutzen zog

Dem Arbeiter ist es unmöglich, die Finanzbehörde zu hintergehen, die Steuern werden ohne sein Willen in Abzug gebracht. Beim selbständigen Kaufmann ist es anders. Da ist eine „doppelte“ Nachsicht schon möglich. Die Steuerbehörde ist aber scharf hinterher. Besondere Beamte haben die Aufgabe, Steuererhebungen nachzuprüfen und Ermittlungen vorzunehmen.

Solch ein Ermittlungsbeamter bei einer der Berliner Finanzbehörden war der Steuerassistent Schulz — nennen wir ihn mit diesem Sammelnamen, um ihn nicht unglücklich zu machen als er sich bereits selbst gemacht hat. Und um das Urteil gleich vorweg zu nehmen: die erste Instanz hat ihn wegen passiver Bestechung und versuchten Betruges zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt und ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von 5 Jahren abgeprochen. Der mitangeklagte Bankier I erhielt wegen aktiver Bestechung eine Geldstrafe in Höhe von 2000 Mark. Die Berufungsinstanz hat dieses Urteil bestätigt.

Eines Tages kam ein anonymes Brief ins Finanzamt geflogen: Bankier I habe Steuern hinterzogen. Der Steuerassistent Schulz erhielt den Auftrag, die erforderlichen Ermittlungen vorzunehmen. Er begab sich zum Bankier I, teilte ihm mit, warum es sich handele und ließ sich mit ihm in eine gemüthliche Unterhaltung ein, in deren Verlauf er über Krankheit und ärmerliche Verhältnisse klagte. Dem Bankier I war es ohne weiteres klar, was der Herr Steuerassistent beabsichtigte. Er zahlte 200 Mark, der Finanzassistent Schulz gab seiner Behörde eine günstige Auskunft über den Bankier, die Sache wurde wieder geschlagen und beide, Finanzassistent und Bankier, waren zufrieden. Beherrschter war nicht kleinlich; als Herr Schulz sich auch im Verlaufe der folgenden Jahre an ihn wegen kleiner Unterstellungen wandte, ließ er sie ihm bereitwillig zutommen — Summa Summarum 650 Mark. Dann hatte aber der geschäftstüchtige Finanzassistent noch eine neue Idee: Er erklärte eines Tages dem Bankier I, daß auch gegen den Bankier I eine Anzeige wegen Steuerhinterziehung vorliege; er möge ihm doch empfehlen, sich an ihn zu wenden, er würde die Sache schon belegen. Herr I war auch nicht auf den Kopf gefallen; er sagte sich, wer weiß, vielleicht liegt wirklich eine Anzeige vor. Er ließ also Herrn Schulz kommen und bot ihm 1000 Mark an; der verlangte aber 300 Mark, die er auch wirklich erhielt. Später verlangte er noch ein drittes Tausend; der Beamte, der die Sache bearbeitete, brauche Geld, sagte er. Dem Bankier I wurde die Sache verhängnisvoll, er erstattete Strafanzeige, und so kamen sowohl der Bankier I als auch der Finanzassistent Schulz auf die Anklagebank. Das Gericht nahm Bestechung mit Hinsichtlichkeit des Falles I an; im Falle I hieß es, liegt bloß Betrugsversuch vor:

Da ich die englische Polizei schon benachrichtigt hatte, fand ich bei meiner Ankunft in Waterloostr. einen Detektiv, der sich zu mir gesellte, und der Hilbert nun folgt. Jetzt sind Hilbert und Bonnel in Hilberts kleinem Hause am Soho-Square. Ich weiß nicht, was sie da anzetteln werden, aber mein hiesiger Kollege ist der Meinung, daß Bonnel London und sogar England schon morgen verlassen wird. Es ist also keine Zeit mehr zu verlieren...

16.

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür des Restaurants und für Herrn Galoin wurde ein Zettel abgegeben. Er überlas ihn und sagte: „Es klappt vorzüglich. Der Mann ist eingesperrt. Ich soll hinkommen, um ihn festzustellen.“

Und Herr Galoin verließ uns. Blanche und ich sahen jetzt allein im Restaurant. Ich trat zu ihr heran und küßte ihr die Hand. Wir sagten kein Wort. Im selben Augenblick, als Larriers Unschuld offenbar wurde, hatten wir seinen Tod erfahren. Ja, ja, es gibt Fälle im Leben, wo das Unglück des einen... aber es ist peinlich, wenn man sich dessen bewußt wird...

Ich begleitete Blanche bis zur Tür ihres Zimmers. Wieder küßte ich ihr die Hand, und stumm trennten wir uns.

Die Londoner Zeitungen veröffentlichten in ihrer Morgenausgabe alle Einzelheiten über Bonnels Verhaftung. Diese Einzelheiten wurden abends in allen Pariser Zeitungen wiedergegeben. Sie gelangten bis in unsere Garnisonstadt, und Larriers Rehabilitierung muß die Unteroffiziere des Regiments wie ein Blitzstrahl getroffen haben. Herr Galoin, der in London blieb, um den Prozeß von Bonnel vor dem englischen Gericht zu führen, brauchte uns nicht mehr, und wir sind nach Frankreich zurückgekehrt, aber nicht, ehe wir bei einem englischen Priester waren, der mit äußerster Schnelligkeit Henri Ferrat mit Blanche Chéron traute. Wir mußten unsere Bereinigung in Frankreich noch bestätigen lassen. Die Hauptsache aber war, daß wir unsere Flitterwochen in Paris verbringen konnten.

17.

Ich verließ das Regiment. Schon lange hatte mir ein Onkel eine Stellung als Versicherungsinspektor angeboten, die aber häufige Reisen in der Provinz bedingte. Meine Frau ist eine so angenehme Reisefährtin, daß ich ohne weiteres diese Stellung mit Freuden annahm.

# Der Fall Larrier.

Von Tristan Bernard.

(Einzig berechtigte Uebersetzung von R. Coelln.)

(Schluß.)

Bonnel hat mit einer Schere den Stoff des Waffenrocks vollständig zerschneiden, was den Untersuchungsrichter zu der Vermutung führte, der Mörder hätte zuerst die Absicht gehabt, die kompromittierende Jacke zu verbrennen und wahrscheinlich nur deshalb darauf verzichtet, weil es ihm zu lange gedauert hätte. Der Richter hat die Stücke des Waffenrocks wieder zusammengelegt, aber nicht nachmessen lassen. Sonst hätte er feststellen müssen, daß die rechte Seite schmaler als die linke war, weil das Messer ein richtiges Loch in den Stoff gebohrt hatte, und um diesen besagenden Beweis zu beschaffen, hatte der Mörder einen schmalen Streifen herausgeschnitten. Wahrscheinlich hat er diesen mitgenommen, um ihn wegzuworfen oder um ihn zu verbrennen. Er hat wohl das erstere getan, denn ich habe im Kamin keine Spur Asche gefunden.

Was Bonnel mit Larriers gemacht hat, wissen wir nicht, und nur Bonnel allein, wenn wir ihn gefaßt haben werden, kann uns Aufschluß darüber geben. Die Untersuchung ist in dieser Beziehung nur sehr oberflächlich gewesen. Man hat einfach im Garten nach der Leiche gesucht und auf einem Bonnel gehörigen Stück Land, das zwei Kilometer von seinem Haus entfernt liegt. Würde man sich die Mühe nehmen, die Gegend ringsherum abzuschauen, so würde man vielleicht die Leiche finden, entweder in dem Fluß oder in einem der vielen Entwässerungsgräben jener Gegend. Aber über alle diese Einzelheiten wird man natürlich aufgeklärt werden, sobald Bonnel verhaftet ist.

Das Verbrechen muß abends ziemlich früh begangen worden sein. Da der Mörder erst den Zug um vier Uhr dreißig morgens auf dem kleinen Bahnhof nahe Loul benutzt hat, so blieben ihm noch vier oder fünf Stunden, um jene falsche Fahrt herzustellen und die Leiche zu beseitigen. Man darf nicht vergessen, daß Bonnel, nachdem er Larrier getötet hatte, seine Taschen durchsuchte und die Bismarck fand, die Frau Chéron dem Ermordeten gegeben hatte. Es war sehr

unvorsichtig, dieses Geld abzuheben, aber vermutlich hatte der Mörder keine andere Hilfsquelle und setzte sich lieber dieser Gefahr aus, als daß er hungerte. So hatte er sich denn selber eine falsche Bismarck auf den Namen Marteau ausgeschrieben, denn Marteau und Bonnel sind natürlich dieselbe Person.

Es schien mir sehr merkwürdig, daß der Mörder, um das Geld abzuheben, sich einen Komplizen gesucht hatte. Das war der erste Umstand, der mir auffiel. Es war sicher, daß der Mörder Geld brauchte, ebenso sicher war es, daß, wenn Larrier der Mörder gewesen wäre, er es nicht gemacht hätte, so offen zu einem Pariser Sachwalter zu gehen, denn er mußte sich sagen, daß der Mord schon bekannt war...

Deshalb war ich auch davon überzeugt, daß, wenn man Marteau wiederfinden würde, auch Bonnel wiedergefunden sein würde... Wir haben ihn übrigens auch schon... Gestern habe ich endlich Hilbert entdeckt, er wohnt ein paar Schritte von hier am Soho-Square. Ich habe Erkundigungen über ihn eingezogen, er hat einen recht üblen Ruf. Es ist sehr möglich, daß Bonnel sich ihm anvertraut hat, weil er ihn für noch schwebende Geschäfte braucht.

Es war gefährlich, zu Hilbert zu gehen, um von ihm die Auskunft, die er mir zweifellos nicht gegeben hätte, einzuholen. Das Beste war, Hilbert zu beobachten oder in der Nähe seiner Tür zu warten, um zu sehen, ob Bonnel ihn aufsuchen würde.

Sobald ich also Hilberts Adresse von dem Tabakhändler erfahren hatte, stand ich morgens schon um zehn Uhr vor seiner Tür. Gegen halb zwölf sah ich ihn aus dem Hause gehen. Ich folgte ihm und sah, wie er auf dem Waterloobahnhof in den Zug nach Claremont stieg. Auf dem Claremonder Bahnhof erwartete ihn ein älterer Mann, in dem ich Bonnel erkannte.

Sie gingen in ein Haus des Dorfes, und ich habe keine Ahnung, was sie dort für Pläne schmiedeten. Vor einem in der Nähe liegenden Gasthaus wartete ich auf sie. Sie benutzten nachher den Zug, um nach London zurückzufahren. Ich folgte ihnen natürlich und mußte sehr vorsichtig sein, um nicht von ihnen bemerkt zu werden. Es war darum so schwierig, weil ich mir keine Bewegungen entgehen lassen wollte.

Ich hatte eine Depesche nach Paris geschickt, um einen Haftbefehl zu erwirken. Später telephonierte ich in das Hotel, um zu erfahren, ob dieser Haftbefehl eingetroffen sei.

gegen den Bankier N habe nichts vorgelegen, eine pflichtwidrige Amtshandlung habe also auch nicht vorgenommen werden können. Wenn gewisse Herren Bankiers nicht ein so schlimmes Steuergewissen hätten, lämen die Finanzbeamten wehrlich nicht darauf, sie in Verletzung zu bringen.

## Jacoby, der Harmlose.

Er versteht nicht klar zu sagen, was er denkt.

Am Freitag wurde im Lombardbetrugsprozess Bergmann die Zeugenvernehmung im Rahmen der Anklage gegen Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby fortgesetzt.

Der Junge Graeger, Inhaber des Defektivinstituts, betonte, damals hätten es die Spatzen von den Dächern gepfiffen, daß Bergmann verhaftet worden sei. Der Zeuge Hegel, Geschäftsführer im Institut Graeger erklärt, Rechtsanwalt Josenberg habe gesagt, die ganze Affäre stehe auch für Graeger ungünstig. Es müsse jemand bestochen werden. Graeger solle Bergmann Geld geben und dann werde Bergmann seine Ausflüge so einrichten, daß Graeger nichts passiere. Auf ein paar Meile mehr oder weniger in dieser Richtung komme es ja gar nicht mehr an. Rechtsanwalt Josenberg bestreitet im Laufe eines eingehenden Verhörs diese Auslegung.

Auch in der Nachmittagsitzung wurde versucht, durch weitere Zeugenvernehmung festzustellen, ob der Angeklagte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby bereits zur Zeit seiner Auskunftserteilung über das Lombardhaus Bergmann Kenntnis von den Vorstrafen Bergmanns hatte. Die Vernehmungen ergaben, daß Jacoby von mehreren Seiten mindestens Warnungen über das Geschäftsgeheimnis Bergmanns erhalten hat. Dr. Jacoby betonte noch wie vor, er habe damals keine Veranlassung gehabt, es für ganz unmöglich gehalten, daß Bergmann angeht die großen Zahl seiner Angestellten Unvorsichtigkeit gebildet haben könnte. Man dürfe doch auch nicht gleich bei jedem Menschen das Schlechte vermuten, so erklärte Dr. Jacoby. Diese und ähnliche Äußerungen des Angeklagten, der sich in Pingen verteidigte, für die er eine Verantwortung gar nicht zu tragen hat, veranlaßten seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Winder, zu der Bemerkung, daß Jacoby einfach nicht in der Lage sei, klar zu sagen, was er denke. Er benehme sich mitunter wie ein hilfloses und harmloses großes Kind. Oberstaatsanwalt Wender erklärte hierauf, daß dies ja auch die einzige Art sei, mit der sich Dr. Jacoby überhaupt verteidigen könnte. Im übrigen, so betonte der Oberstaatsanwalt, müsse man fragen, wie denn Jacobys vermeintliche Schüchternheit und Harmlosigkeit damit zu vereinbaren sei, daß er doch eine ganze Reihe von Anklagen, sogar Meineidanklagen erhoben habe, ohne stichhaltige Gründe dafür zu haben.

Die Zeugenvernehmungen werden am Montag fortgesetzt.

## Die Reichskonferenz der Kinderfreunde

Die Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde trafen sich diesmal in Hannover. Auf dem Begrüßungsabend am Sonntagabend, dem 6. Oktober, legte in bewährter Weise der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft, Genosse Dr. Löwenstein, die Erziehungsarbeiten der Kinderfreunde als eine geschichtlich notwendige Aufgabe der Arbeiterklasse in der Gegenwart dar. Die Reichskonferenz der Kinderfreunde begann am Sonntag, dem 7. Oktober, früh 9 Uhr, im roten Saal des Parkhauses. Genosse Dr. Löwenstein eröffnete sie und teilte sich dann in die Geschäftsleitung mit dem Genossen Henkel, dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Hannover. Für den Parteivorstand war Genosse Westphal, für die Arbeiterwohlfahrt Genosse Seiderer, für die Arbeiterjugend Genosse Dillenburger und für die österreichischen Kinderfreunde Genosse Dalko aus Wien erschienen; sie wurden so das herzlichste begrüßt.

Die reiche Tagesordnung umfaßt u. a. den Bericht des Vorsitzenden über den inneren Ausbau der Organisation und den Geschäftsbericht des Sekretärs, Genossen Weinberger. Sehr zahlreiche Anträge zu beiden Punkten der Tagesordnung verteilte die rege Anteilnahme der Gruppen. Genosse Löwenstein schloß die das innere Werden der Bewegung in folgenden Ausführungen.

Besonders merkwürdig in der Arbeit der letzten Jahre sind die Kinderrepubliken der Zeltlager gewesen. Die Zeltlager bieten den aus den dumpfen Wohnungen und engen Straßen kommenden Arbeiterkindern das Notwendige an Licht, Luft und Freiheit; ihr Erziehungsziel ist die Aktivering der Kinder für den sozialen und demokratischen Gedanken.

Die roten Falken, die den Verhandlungsstoff der letzten Konferenz bildeten, sind zu besonderen Gruppen zusammengefaßt worden, um die Kinder eines bestimmten Lebensalters in stärkerer Aktivität an unserer Bewegung teilnehmen zu lassen. Das rote Falkenabzeichen ist aber nicht als Auszeichnung zu betrachten, sondern als Ausdruck der inneren Verpflichtung.

Der eben berührte Reichskongress hat sich mit dem Fragen der Sexualität und der Erotik innerhalb unserer Bewegung befaßt. Die biologischen Verhältnisse sollen in derselben Weise wie andere naturwissenschaftliche Beziehungen aufgeklärt werden; kurz, sachlich, klar, eindeutig. Wir brauchen in der Erotik keine Sublimierung durch Metaphysik, wir brauchen nichts Höheres von Außen, die Sublimierung (Veredlung) der Triebe soll geschehen unter dem Gesichtspunkte gesellschaftlicher Verantwortung.

Nötig macht sich ein besseres System der Helferschulung. Talente auf irgendeinem Gebiete finden sich überall, sie müssen erkannt und geschult werden. Ein Reichseminar, das alle fähigen und tätigen Genossen auf eine längere Zeit zusammenfaßt, ist die Forderung der Gegenwart und Zukunft. Die Aussprache ergab im wesentlichen Zustimmung zu den Ausführungen Löwensteins. Und die Anträge, die zu diesem Punkte vorlagen, wurden förmlich in der Form angenommen, daß sie eine Bewirkung der vorgetragenen Ausführungen ermöglichen.

Der Geschäftsbericht des Genossen Weinberger ließ hineinblicken in das Leben der Gesamtorganisation und der einzelnen Gruppen. Der Reichsarbeitsgemeinschaft sind angeschlossen: 374 Ortsgruppen mit 2500 Kindergruppen, 100 000 Kindern, 5000 ehrenamtlichen Helfern und 35 000 Mitglieðern in Erziehungsvereinen. Die Unterstützung der Gruppen durch Partei und Gewerkschaften hat Fortschritte gemacht. Das Verhältnis zu der Arbeiterwohlfahrt und zu den Arbeiterturnern gestaltet sich im ganzen immer besser. Die Arbeit der Kinderfreunde an den Kindern, die Schaltung vieler junger Arbeiter und Arbeiterinnen in der Erziehungsarbeit hat zur Anerkennung unserer Bewegung als eine Jugendpflege treibende Organisation durch die Behörden geführt. Schwierigkeiten bereitet ausweit noch der Mangel an Mitarbeiter, der Mangel an Kinderheimen und der Mangel an geeigneten Plätzen für Kinderrepubliken in Zeltlagern.

Der „Helfer“, der in einer Auflage von 6000 Exemplaren erscheint, gibt Anregungen zur praktischen Arbeit, die „Sozialistische Erziehung“ dient der grundsätzlichen theoretischen Weiterbildung, die Zeltlagerbrochure „Im Zeltlager“, die Zeitungsverteilungen, Liederblätter und Liederbücher verbreiten die Ideen der Kinderwohlfahrt.

Die Aussprache zu diesem erfreulichen Berichte brachte Zustimmung und Erregung. Die Anträge wurden, teilweise in veränderter Form, einstimmig angenommen. Besondere Erwähnung verdient die Annahme des Antrages Südwesfalens und Schlesiens, mit dem A.D.G.B. und mit der Arbeiterwohlfahrt

# Auf den Bändern des Verkehrs.

## Der Ausbau des Brandenburger Chausseestraßennetzes.

Der den Zustand unserer Landstraßen nach dem Kriege und der Inflation noch in Erinnerung hat, mußte diesen Zustand der Umgebung einer Weltstadt für unwürdig halten. Die häufigen Unfälle auf den Straßen und die Zusammenstöße von Kraftfahrzeugen mit anderen Gefährten und Radfahrern stießen zum Teil auf das Konto des schlechten Zustandes der Chausseen. In den letzten Jahren sind hinter den Äußen heftige Kämpfe zwischen den Fahrinteressenten und Provinzialverbänden geführt worden, bis endlich größere Reichszuschüsse zu den Mitteln für Straßenverbesserung Wandel schafften.

Wenn der heutige Zustand der Chausseen rund um Berlin auch noch nicht restlos befriedigt — sie sind auf den meistbefahrenen Strecken, wie zwischen Potsdam und Berder, viel zu schmal — so muß man doch zugeben, daß sich vieles zum Vorteil verändert hat. Der Verband der preussischen Provinzen hat dem Problem des modernen Straßenbaues weitgehende technische Untersuchungen gewidmet. Man hat herausgefunden, daß eine Mischung der vorhandenen Chausseedecke mit Teer oder Asphalt und einer fetten Decke von Splitt die wirtschaftlich praktischste und billigste Methode ist, den modernen Anforderungen, insbesondere dem Kraftwagenverkehr, gerecht zu werden.

Von dieser neuen Behandlung der Chausseen um Berlin sollte auf einer Ausfahrt bis ziemlich nach Brandenburg hin die Presse selbst Kenntnis nehmen. Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg ließ dieser augenblicklichen Information zwei Vorträge vorausschicken, die die technische und finanzielle Seite der Frage des Verkehrsproblems behandelten. Aus dem technischen Teil sei besonders hervorgehoben, daß die Provinz Brandenburg große Anstrengungen gemacht hat, den gesteigerten Anforderungen des heutigen Verkehrs gerecht zu werden. Der Ausbau war Ende dieses Sommers fast zu zwei Dritteln der Provinzialstraßen, die eine Länge von 3400 Kilometern haben, beendet, also etwa 800 Kilometer der Hauptverkehrsstraßen oder früheren Staatsstraßen und fast die Hälfte der neu übernommenen Verbindungsstraßen, die als Kraftwagenstraßen ausgebaut wurden. So sind bis an die Provinzgrenze die Chausseen Berlin—Hamburg,

Berlin—Brandenburg—Magdeburg, Berlin—Trauenbriehen—Spreng—Halle, Berlin—Jüterbog—Dresden, Berlin—Ostpreußen mit seinen Unterbrechungen bis zur Provinzgrenze über Rottbus, Berlin bis Frankfurt a. d. Oder, Berlin bis Friedeberg zum Teil neu geschüttelt und mit dem vor dem erwähnten Leerbitumen versehen worden. Noch nicht ganz fertig sind die Straßen nach Pommern und nach Mecklenburg, die aber im nächsten Jahre ebenfalls bis an die Provinzgrenze ausgebaut werden. In zwei Jahren, also März 1930, werden die Hauptstraßen in ganzer Länge in Preußen und in einem weiteren Jahre auch die Nebenstraßen voll ausgebaut sein. Die Provinz Brandenburg hat für diesen Ausbau in vier Jahren den Betrag von 50 Millionen, also jährlich etwa 12 1/2 Millionen, aufgewandt. Neben dem Ausbau des Netzes der Verkehrswege werden neue Verbindungen und Abkürzungsstraßen geplant, so sind u. a. für die Strecke Brandenburg Umgehungsstraßen im Norden und Süden in Bearbeitung, die in Verbindung mit den drei großen Ringstraßen, die Berlin ausbauen, die Schwierigkeit der Durchfahrt von Potsdam und Romowes beseitigen. Eine systematische Landesplanung, d. h. Sicherung der Verkehrsader für die künftige Entwicklung unter Berücksichtigung der Industriezonen, der Bergbauflächen, der Wohn- und Grünflächen, soll allen Verkehrsinteressen gerecht werden. Bei Neuanlagen neuer Straßen will man auch Radfahrwege berücksichtigen. Die preussischen Hauptverkehrsstraßen bedürfen für diesen gemeinsamen Ausbauplan die runde Summe von 1 1/2 Milliarden Mark, von der freilich heute noch niemand weiß, wie sie aufzubringen sind. Eine Veränderung der heutigen Kraftfahrzeugsteuer in eine reine Benutzungsteuer nach Verhältnis der Ausnutzung des Fahrzeuges mit wesentlicher erhöhtem Gesamtresultat ist nach dem Gutachten Sachverständiger die einzige Möglichkeit, die gemalten Zuschußkosten für den Straßenaufbau aufzubringen, wenn die Anträge von Auslandsanleihen nicht zugelassen wird.

So läßt schon aus rein rechnerischen Gründen sich keine andere Form als die eingangs beschriebene finden, unsere Chausseen dem Kraftfahrzeugverkehr anzupassen. Die Forderungen der Automobilindustrie nach eigenen Automobilstraßen werden vorläufig unerfüllt bleiben.

## Bezirksfrauentag

am Sonntag, 14. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3.

Tagesordnung:

1. Die Agitation von Januar bis September 1928. Berichtstellerin: Genossin Minna Todenhagen.
2. Vortrag der Genossin Mathilde Wurm, M.d.R. „Die abgleitende Konjunktur und ihre Auswirkung auf die Frau im Beruf“.
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.

Zutritt haben nur Genossinnen mit Mandaten oder Gastkarten. Wir bitten die Genossinnen, die im Besitz einer Gastkarte sind, recht pünktlich zu erscheinen. Das Frauensekretariat.

Jahri Richtlinien zu vereinbaren, die ein schnelles Eingreifen unserer Organisation bei Wirtschaftskämpfen für die in Mitleidenschaft gezogenen Kinder ermöglichen. Wiedergewählt wurden in den Vorstand Genossin Löwenstein als 1. Vorsitzender und die Genossinnen Weinberger, Dr. Siemsen, Gogel, Dr. Adams, Wedel, Mara Löwenstein. Für die auscheidenden Genossinnen Raisinger und Geburt treten die Genossinnen Litz und Winder ein.

Reiche Arbeit liegt hinter der Konferenz, neue Aufgaben harren der Entscheidung. Kurt Wedel, Dresden.

## Friz Wisse

Im Alter von 78 Jahren ist Genosse Friz Wisse in Berlin Mitte gestorben. Mit ihm ist einer der treuesten Kampfer der Partei dahingegangen, der schon vor mehr als 50 Jahren für die selbständige Arbeiterbewegung wirkte. Schon 1875 gehörte er dem vom Staatsanwalt Teisenberg geschlossenen Maurer- und Steinhauerbund (Sitz Hamburg) an. Auch während des Sozialistenverlegers ließ er es sich nicht nehmen, weiter für seine Berufs- und Klassenangelegenheiten zu arbeiten. Dafür wurde er 1888 auf Grund des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ aus Berlin ausgewiesen. Er nahm dann in Braunschweig Wohnung und hat in dem kleinen Lande sehr viel zur Ausbreitung der Arbeiterorganisation beigetragen. Nach dem Fall des Schandgesetzes kehrte er nach Berlin zurück, übernahm hier eine kleine Gastwirtschaft, die er bis in sein Alter fortführte, und wurde Betriebsrater und später Aufsichtsrat der Genossenschaftsbrauerei. Die Partei hat ihm lange Zeit als Stadtverordneten und später als Bezirksverordneten ihr Vertrauen bewiesen. Seine Treue zur Arbeiterbewegung wird ihm ein ehrendes Gedenden sichern!

# Funkwinkel.

Nachdem Dr. Hagemann einen vorbildlich kurzen und verständlichen Kurzfuss von der platonischen Philosophie gegeben hat, beginnt der Platon-Abend, die erste Veranstaltung in der Serie „Dialoge der Weltliteratur“, eine begrüßenswerte Erneuerung der Berliner Funktunde. Ohne Hinblick auf ein Bühnenbild entworfen, dabei doch dramatisch geführt, Wortkunstwerk und weltanschauliches Bekenntnis, eignet sich der Dialog formal und inhaltlich zur Rundfunksendung. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Reihe mit Platon beginnt. Ist uns heute auch diese Ideenwelt ferner gerückt als vergangenen Zeiten, so verfiel auch der philosophische Laie die ausgewählten Stücke aus dem „Sofist“ und dem „Politeia“, denn Weisheit und Sprache sind von einer kristallenen Klarheit. Hagemann löst die Dialoge in ruhiger gehobener Sprache vorzutragen, gewissermaßen mit „Anmut und Würde“. Marie Klein-Szenker spricht die Diotima und steigert sich allmählich in eine edle Begeisterung hinein, und auch Licho als Sokrates, fern von Platon, erlebte seine Aufgabe mit ruhiger Gelassenheit. Eingeleitet wird der Abend mit der 3. Seite von Bach, die Seldler-Winkler mit behaglich aberlicher Herbeheit leitet. Dr. Arur Berger erzählt in seinem Vortrag „Weltwürdigkeiten in der Tierwelt“ von den Wundern der Tierwelt und von ihren fonderbaren Bewohnern, die über wildphantaistische Formen verfügen. Berger versteht es, packend und farbig zu schildern.

## Falscher Mordalarm.

Ein Kellner auf dem Heimweg ertrunken.

Das Gerücht von einem Verbrechen war gestern wieder im Westen der Stadt verbreitet. Es war auf folgende Weise entstanden: In dem Restaurant „Ruderhelm“ am Siespichensee waren seit fünf Jahren die Kellner Richter aus Teeroden und Rahm aus Potsdam beschäftigt. Die beiden Herren Kollegen traten in der Nacht zum Freitag nach Geschäftsabschluss um 1 Uhr den Heimweg an. Am Freitag morgen erschien keiner zur gewohnten Zeit auf der Arbeitsstelle. Richter aber meldete auf dem zuständigen Revier, daß Rahm in der Nacht ertrunken sei. Wie er sagt, wollten beide bei Kahlensbrück über die Brücke gehen. Dabei fiel Rahm die steile Mauer des Friedrich-Georg-Lanals hinab ins Wasser. Richter, der des Schwimmens kundig ist, sprang ihm nach, um ihn zu retten, konnte ihn aber nicht die Mauer hinaufschaffen. Jetzt schwamm er mit dem Kollegen nach der anderen Seite hin, um ihn an einer flachen Stelle zu bergen. Unterwegs aber verließen ihn die Kräfte. Rahm entfalt seinen Arme, ging unter und ertrank. Nach der Leiche wurde geforscht, sie ist aber noch nicht gefunden. Weil nun Richter nicht sofort Anzeige machte, sondern erst nach Hause ging, sah unyog und durch Getränke aufgedrümmt, entstand das Gerücht, daß Rahm nicht durch einen Fehltritt verunglückt, sondern im Streit von seinen Kollegen ins Wasser gestoßen worden sei. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß von einem Mord keine Rede sein kann. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in frohlicher Nacht jemand, der noch dazu leicht angeheitert ist, diesen schmalen Pfad verließen und ins Wasser stürzen kann. Die freundschaftlichen Beziehungen, die seit Jahren zwischen den beiden Männern bestanden, stellen ohnehin jeden Verdacht außer Frage. Die Leiche des Verunglückten ist noch nicht geborgen.

Jirkus Krone hat gestern abend wieder seinen Circus in Berlin gehalten. Sein Domizil ist diesmal das Tempelhofer Feld. Von 17 1/2 Uhr ab ritt vom Güterbahnhof Tempelhofer Wagen auf Wagen in unaufhörlicher Folge dem Tempelhofer Feld zu. Bereits um 19 Uhr, also nach 1 1/2 Stunden, war ein Teil des Riesenzirkus ausgerichtet. Im Licht der Scheinwerfer arbeiteten viele hundert geschäftige Hände. Heute wird der Riesencircus für und fertig dastehen. Trotz des unfreudlichen Wetters hatte sich eine große Menge Neugieriger angesammelt, die den Aufbauarbeiten, die alle Augenblicke neue interessante Momente brachten, zusahen. Im Laufe des Tages, nach Fertigstellung der Stallungen, treffen auch die zahlreichen Tiere in Berlin ein.

## Sport.

Rennen zu Mariendorf am Freitag, dem 12. Oktober.

1. Rennen. 1. Klasse (A. Wisse), 2. Falkenstein (Rudnabel Jr.), 3. Baron Duff (Rauh Jr.), Toto: 18: 10. Platz: 11, 11, 12: 10. Ferner liefen: Galeska, Sir Duffen, Obermühl, Delgata.
2. Rennen. 1. Rehdorf (A. Wisse), 2. Babri (Rudnabel Jr.), 3. Erler Seedorf (A. Schmidt), Toto: 34: 10. Platz: 19, 21, 35: 10. Ferner liefen: Kalkier, Künsta, Die Beste, Luch, Dolobere, Paronch C., Pro patria, Heinz Duff, Morgenröthe, Reuling, Barcarolo, Netome, Kipfel, Dehedebe, Anker I.
3. Rennen. 1. Rosenrau (Ragel), 2. Stelmelle (Rauh Jr.), 3. Ost (Weihen), Toto: 32: 10. Platz: 18, 15, 19: 10. Ferner liefen Lucie Halle, Pro aspera, Coriolanus, Harfenmädchen, Sparjetta, Geibelme, Kaphala Halle.
4. Rennen. 1. Rimmerriat (B. Finn), 2. Vasser (Rudnabel Jr.), 3. Lameilan (Neutendergen), Toto: 24: 10. Platz: 10, 10: 10. Ferner lief: Abendstern.
5. Rennen. 1. Goldham (Brandt), 2. Friedrich Weg (v. Weglinski), 3. Unica Horneher (Reht), Toto: 66: 10. Platz: 10, 74, 21: 10. Ferner liefen: Imperator, Broveller, Kartenpieler, Heimschen, Adeline, Danciny Gül, Heubener, Weinbrand, Interferenz.
6. Rennen. 1. Demostrotos (Ebel), 2. Barnenal (A. Wisse), 3. Macoman Jr. (Ed. Wisse), Toto: 14: 10. Platz: 12, 23: 10. Ferner liefen: Billu H. Gotta, Kipangelier.
7. Rennen. 1. Helmuth (Grohmann), 2. Gervambos (A. Wisse), 3. Erdensitter (Rauh Jr.), Toto: 25: 10. Platz: 11, 11: 10. Ferner lief: Oberleutnant.
8. Rennen. 1. Lindenwirth I (Rauh Jr.), 2. Rubin (Ebel), 3. Quitt 8. (A. Schmidt), Toto: 17: 10. Platz: 14, 20, 22: 10. Ferner liefen: Veration Galla, Darmaid, Dentsulaga, Mentor I.
9. Rennen. 1. Witz (Weihen Jr.), 2. Zuck Verbum (Raupper Jr.), 3. Terronia (Rauh Jr.), Toto: 44: 10. Platz: 17, 20, 23: 10. Ferner liefen: Gendel, Du, Antipessant, Teate, Apollonidicht, Barometer, Kretfried, Wülfgr, Manzaneros, Rind.

Die elegante Dame und der gepflegte Herr gebrauchen Picavon

# Delfelder in Persien.

## „Indiens Grenze liegt am Euphrat.“ — Konfliktzentren des Imperialismus.

Persien, das dreimal so groß ist wie Deutschland, im ganzen über kaum 9 Millionen Einwohner zählt, ist ein von Natur aus mit Bodenschätzen reich gesegnetes Land. Unter diesen nimmt das Petroleum die erste Stelle ein. Die persischen Erdölorkommen lassen sich in zwei Hauptgruppen teilen: die südlichen und die nördlichen. Ausgebeutet wird zurzeit nur ein kleiner Teil der ersteren. Die hauptsächlichsten südpersischen Delfelder befinden sich im Tale des schiffbaren Karun, eines Nebenflusses vom Schatt-el-Arab, in der Provinz Chuzistan oder Arabistan am nördöstlichen Ufer des Persischen Golfes.

Der englisch-russische Vertrag von 1907, der Südpersien zu einem Einflußgebiet Englands verwandelt hatte, ließ den englischen Unternehmern freie Hand auf diesem Gebiet. 1909 bis 1913 unternahm die Anglo-Persian Company eine Reihe von Vorarbeiten: es wurde eine 240 Kilometer lange Röhrenleitung angelegt, die die Raghama-Raphthaquellen mit dem Persischen Golf verband, ferner wurde auf der Insel Abadan, in der Mündung vom Schatt-el-Arab, die Petroleumraffinerie organisiert, es wurden auch weitere technische Arbeiten ausgeführt. Noch vor dem Kriege hatte Churchill gesagt: „England muß überall Erdöl haben“, und er setzte auch seinen persischen Plan durch. Die meisten Aktienpakete der Anglo-Persian wurden in der Hand der britischen Regierung konzentriert. Raum aber war die großzügige Ausbeutungsorganisation des südpersischen Petroleums durch die erwähnte Gesellschaft ins Werk gesetzt, da brach der Weltkrieg aus.

In den Nachkriegsjahren wurde die Produktion sowie die Tätigkeit der Anglo-Persian-Gesellschaft im allgemeinen sehr erweitert. Gegenwärtig stellt diese Gesellschaft neben der amerikanischen Standard-Oil und der englisch-holländischen Royal Dutch den größten Raghthafazern der Welt dar. Südpersien nimmt die vierte Stelle in der Erdölproduktion ein. Die weitere Ausdehnung der südpersischen Raghthaproduktion wird durch zwei Umstände gehindert: einmal, weil die Röhrenleitung nicht mehr als jährlich 5 Millionen Tonnen aufnehmen kann, zum zweiten aber wegen der Mängel erforderlicher Rohstoffmengen. Für die Zukunft werden diese Hindernisse durch die Fertigstellung der im Bau befindlichen transpersischen Röhrenbahn, die durch das südpersische Raghthagebiet zieht, ferner durch die Anlegung einer zweiten Röhrenleitung teilweise beseitigt sein.

### Kolossale Produktionssteigerung.

Um nun einen Begriff über die bisherige und immer zunehmende Produktion des südpersischen Petroleums zu geben, seien folgende Ziffern festgesetzt: Im Jahre 1912/13 betrug die Produktion im ganzen 52 Tonnen, 1913/14 279 Tonnen, 1919/20 1 385 000 Tonnen, 1921/22 2 358 000 Tonnen, 1923/24 3 714 000 Tonnen, 1925/26 5 700 000 Tonnen und schließlich 1926/27 6 Millionen Tonnen. Für das Jahr 1927/28 wurde die Produktion auf 6 800 000 Tonnen gerechnet. Die wirtschaftliche Bedeutung des südpersischen Petroleums für das Britische Reich ist unvergleichlich groß. Daher auch das ausschließliche Interesse, das das Foreign-Office für dieses Gebiet an den Tag legt. Das südpersische Petroleum deckt zum erheblichen Teil den Brennstoffbedarf der britischen Kriegsmarine, es deckt auch den Bedarf des innerenglischen Marktes und wird schließlich in großen Mengen auf dem Weltmarkt abgesetzt. Aber auch in geopolitischer Hinsicht ist das südpersische Ölgebiet von größter Bedeutung. Gelesen auf dem Ueberlandwege von Kleinasien und Mesopotamien nach Indien, stellt es eine Brücke zwischen diesen beiden wichtigsten Kolonialbesitzungen des Reiches dar. Turzon, einem der besten Kenner Persiens und dem führenden

Kolonialpolitiker des britischen Imperiums im 20. Jahrhundert, gehört das vielgesagte Wort: „Der Euphrat soll die Grenze Indiens sein!“ Unter diesem Aspekt erscheint also die südpersische Politik Englands leicht erklärlich. Sie geht dahin, Südpersien im allgemeinen und das südpersische Ölgebiet im besonderen seinem ausschließlichen Einfluß zu unterwerfen. Die Ausbeutung des südpersischen Petroleums kommt aber auch dem persischen Staat zugute: 16 Prozent des jährlichen Reinertrages fließen in die persischen Finanzen, was an sich für den persischen Staatshaushalt von großem Wert ist. Der Anteil Persiens betrug im Jahre 1924/25 728 000 Pfund Sterling oder fast 15 Millionen Mark.

Weniger als über das südpersische Öl weiß die Öffentlichkeit vom nordpersischen Petroleum. Zwar war das Vorhandensein des Petroleums in Nordpersien noch früher bekannt, als das in Südpersien, es hat jedoch bis auf den heutigen Tag auf seine Erschließung. Als die zukunftsreichsten unter den nordpersischen Raghthafazern gelten die von Solt und Semnan, östlich von Teheran, im Süden der Provinz Maschhadan. Das Gebiet zwischen dem Kaspischen Meer und der Elburs-Bergkette, an deren Südhängen Teheran liegt, birgt in seinem Schoße die reichsten nordpersischen Erdölfelder. Schätzungswerte soll dieses Gebiet, allein genommen, soviel Erdölvorrat haben, wie das ganze Baku-Raghthagebiet. Doch muß diese zukunftsreichen Öllager Nordpersiens bis auf den heutigen Tag unausgebeutet bleiben, daran trägt

### die englisch-russische Rivalität

die Hauptschuld. Die Konzession zur Ausbeutung nordpersischer Delfelder hatten ursprünglich die Russen erhalten. Rußland betrat dabei aber lange Jahre — wie auch noch heute — die Ausbeutung des nordpersischen Petroleums als eine drohende Konkurrenz für sein eigenes, kaukasisches Öl. Der russische Georgier Rhojostaria war es, der als erster 1916, also während des Weltkrieges, die Konzession nordpersischer Delfelder erhielt. Bald folgte aber der Zusammenbruch Rußlands, und der nach dem Auslande emigrierte georgische Konzessionär verkaufte sein Konzessionsrecht an die North Persian Oil Company, eine Spezial zu diesem Zwecke ins Leben gerufene Tochtergesellschaft der Anglo-Persian Company. Die persische Regierung, aber auch die Sowjets stritten dies entschieden ab. Die erste, weil die Konzession nicht vom persischen Reichstag (Parlament) feierlich ratifiziert worden war, die Moskauer Regierung aber, weil sie den früheren russischen Staatsangehörigen Rhojostaria seiner Rechte für verlustig erklärt hatte.

Die persische Regierung trat später in der Frage der Ausbeutung nordpersischer Delfelder mit Amerikanern in Verbindung. Auch hat sie stets vorgezogen, lieber ihnen, die in Persien politisch nicht interessiert sind, als den Russen oder den Engländern Konzessionen anzubieten. Verhandlungen wurden zuerst geführt mit der Standard Oil of New Jersey, sie verliefen jedoch erfolglos. Das gleiche Schicksal erlitten auch die Verhandlungen mit der amerikanischen Sinclair-Gesellschaft. Von da an hat diese Frage eine Wendung erhalten. Die Perser gebeten nämlich, auf eigene Kosten, aber durch ausländische technische Kräfte die nordpersischen Raghthagebiet ausbeuten zu können; etwa auf dieselbe Weise, wie sie die im Bau befindliche Nord-Südbahn zustande bringen wollen. Auch zieht diese durch das südpersische Öl sowohl als auch durch das nordpersische Raghthagebiet. In Semnan sind in den letzten Monaten einige technische Vorarbeiten ausgeführt worden. Aus Rußland sind dort eine Menge von Maschinen eingefahren. Es ist aber schwer, sich vorzustellen, wie die Perser ohne Heranziehung ausländischer Mittel die Ausbeutung nordpersischer Delfelder durchführen können. Ihnen fehlt dazu vor allem das Kapital

## Wann werden die Kalipreise gesenkt?

Es wird immer mehr höchste Zeit.

Infern auch kürzlich wieder mit Nachdruck erhobene Forderung, daß die Kalipreise gesenkt werden müssen, ist nicht ohne Grund geblieben. Ein großes bürgerliches Blatt gibt zu, daß die öffentliche Erörterung der Kapitalerhöhungspläne des Salzdetfurth-Konzerns bereits eine den Beteiligten wenig erwünschte Nebenwirkung gehabt habe, nämlich den Ruf nach einer Senkung der Kalipreise. Vor allem wird nicht bestritten, daß die Kapitalerhöhungspläne nicht aus einem echten Kapitalbedürfnis hervorgehen, sondern in der Hauptsache eine Verwässerung des Kapitals verfolgen. Würde eine solche Kapitalverwässerung nicht vorgenommen, so bliebe bei den heutigen Gewinnen z. B. der Salzdetfurth-Werke und dem Mangel weiterer Abschreibungsmöglichkeiten kein anderer Ausweg, als überaus hohe Dividenden auszuschütten. Eine solche Dividendenpolitik hätte jedoch vom Standpunkt der Aktionäre und der Kaliindustrie ihre großen Gefahren, weil sie die Arbeiter zu Lohnerhöhungs- und die Kaliabnehmer zu Preisentkennungsforderungen reizen müßte.

Um also in der Deffektivität die Tatsache der überaus günstigen Lage der Kaliindustrie zu betonen, greift man jetzt zu dem Mittel der Kapitalverwässerung, indem man an die Aktionäre, ohne daß ein zwingendes Kapitalbedürfnis vorliegt, neue Aktien zu einem Bogatellkurs sozusagen verschenkt. Dadurch wird die Dividendenbasis vergrößert, in entsprechendem Verhältnis aber der zur Verteilung kommende Gewinn scheinbar kleiner.

Es ist kein Geheimnis, daß bei einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern sogar die Absicht bestand, Gratisaktien auszugeben; der Widerspruch des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Solomons, der von der Landwirtschaft einiges weiß, hat das verhindert, wie er sich auch gegen die Ausgabe von einer neuen Aktie auf zwei alte Aktien zu 110 Proz. bisher gewehrt hat.

Die glänzende Lage der Kaliindustrie kann nicht getaugnet werden. Es wird dargelegt, daß im Jahre 1913 der Absatz 11,104 Millionen Doppelzentner mit einem Gesamterlös von 100 Millionen Mark betrug. Im laufenden Jahre werde der Absatz über 13 Millionen Doppelzentner hinausgehen und einen Erlös von etwa 260 Millionen Mark bringen. Dabei wird noch verschwiegen oder übersehen, daß im Jahre 1913 die Kaliindustrie noch über die gesamten Europäischen Kaliunternehmungen, die Gewerkschaften Marie, Marie-Luise, War, Theodor, Prinz Eugen usw. mit ihren besonders guten Kalivorkommen verfügte. Diese Werke sind bekanntlich mit dem Elbe an Frankreich übergegangen.

Es muß also fest, daß die Entwicklung der deutschen Kaliindustrie überaus glänzend ist und daß sie heute an einem Stand er-

reicht ist, der ihr nicht mehr möglich macht, ihre Gewinne noch zu verstellen, ohne zur Verwässerung ihrer Kapitalien zu greifen. Nun wurde im Dezember 1926 wegen rückgängiger Produktion und rückgängiger Erlöse eine Preiserhöhung des Kalis um 10 Proz. vorgenommen, und wir wissen, daß ein solches Mitglied der des Kalisyndikats jetzt einer Preisermäßigung durchaus nicht ablehnend gegenübersehen. Nur möchten sie nicht, daß die Initiative hierzu vom Syndikat selbst ausgeht, sondern das Syndikat müßte dazu gedrängt werden.

## Neue Fortschritte im Konsum.

### Im laufenden Geschäftsjahr sicher 60 Millionen Umsatz.

Der Aufstieg der konsumgenossenschaftlichen Organisation in der Reichshauptstadt hat auch im September in unverminderter Stärke angehalten. 2365 Haushaltungen — mehr als der bisherige Monatsdurchschnitt — erklärten ihren Eintritt in die Konsumgenossenschaft Berlin; das erste Vierteljahr des 30. Geschäftsjahres brachte insgesamt 6670 Aufnahmen, wovon sich der Mitgliederbestand auf 152 862 erhöhte.

Der Septemberumsatz zeigt mit 4,93 Millionen gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Vermehrung um 1 402 701,42 M. oder von 39,2 Prozent. Die stärkste prozentuale Umsatzsteigerung brachte wieder die Warenhausabteilung mit 200 Prozent. Für die ersten drei Monate des neuen Geschäftsjahres ist ein Umsatz von 14 321 921,89 M. festgesetzt, was den sicheren Schluß zuläßt, daß 60 Millionen M. Jahresumsatz überschritten werden gegen 52 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Sparkasse ist ähnlich. Im Monat September erfolgte ein Zugang neuer Spargelder in Höhe von 814 183,50 M. Nicht weniger als 2708 Sparkonten wurden in den beiden Monaten August und September eingerichtet. Der Einlagenbestand der Sparkasse belief sich Ende September auf 27 545 342,10 M. (Ende Juni nur 24 957 129,43 M.).

Den vielerseits und dringlich geäußerten Wünschen nach Errichtung neuer Abgabestellen wurde entsprochen durch die Eröffnung einer Lebensmittelabgabestelle in Altmersdorf, Detmolder Straße 53. In den nächsten Wochen dürften weitere neue Lebensmittelabgabestellen dem Verkehr übergeben werden: in Halensee, Joachim-Friedrich-Straße, und Berlin N., Badstraße 41/42; die Abgabestelle in der Badstraße 41/42 wird alle übrigen an Größe übertreffen. Ebenfalls im Norden Berlins, Scharnweider Str. 96, wird am Freitag, dem 19. Oktober, eine Fleischabgabestelle eröffnet.

## Ein Großhandelstakt.

### Wie privalkapitalistische Planwirtschaft aussieht.

Vor einigen Tagen erfolgte in Berlin die Schaffung einer neuen Interessengemeinschaft zwischen dem Reichsverband des Baumwoll- und Leinenwarengroßhandels und den Warenhauskonzernen Rudolph Karstadt A.-G., Leonhard Lieg A.-G., Hermann Lieg und Fried u. W. Liegberg GmbH. (Zusammenfassung der Gebr. Wobberg-Warenhäuser sowie des Stagg-Konzerns). Diese wirtschaftliche Kombination braucht in ihren Auswirkungen keinesfalls überschätzt zu werden, verdient aber Beachtung, da sie für die gegenwärtigen Tendenzen einer „privaten Planwirtschaft“, wie der in Unternehmertreffen geprägte Fachausdruck lautet, bezeichnend ist.

Interessant die Vorgeschichte der neuen Gründung: Der im Frühjahr nach langen Mühen zustandegekommene Reichsverband des Baumwollwarengroßhandels, der zum ersten Male auch große, bisher jede Verbandspolitik ablehnende Firmen in sich einzubeziehen vermochte, war an den Verein deutscher Stoffdrucker herangetreten, um den immer stärker werdenden Ausschaltungstendenzen der Einzelhandelseinkaufsgesellschaften durch wirkungsvolle Sonderabmachungen zugunsten der Großhandelsläufer entgegenzutreten. Diese Abmachungen erstreckten sich vor allem auf gewisse Stapelwaren. Knapp zwei Tage nach Abschluß des Abkommens hatten die großen Warenhauskonzerne davon Wind bekommen und suchten nun ihrerseits erneut auf den Großhandel einzuwirken, damit er ihren alten Wunsch, auch als Großhändler anerkannt zu werden, jetzt verwirkliche. Nicht zuletzt hinderten gewisse Prestige Gründe den Großhandel, diesem Verlangen hinhaltzugeben, und so wurde als letzter Ausweg die neue Interessengemeinschaft gewählt.

Was ist ihr Ziel? Offiziell wird als Aufgabe der Interessengemeinschaft angegeben, daß gemeinsame Richtlinien in der Einkaufs- und Preispolitik festgesetzt werden sollen, und daß insbesondere die Schaffung einer festen, „gefundenen“ Kalkulationsbasis erstrebt werde. Mit anderen Worten: Durch die Einbeziehung der Warenhäuser in die Interessensphäre des Großhandels sucht man gegenüber den Fabrikanten einen festen Abnehmerbind zu schaffen, der naturgemäß ganz anders, als es bei einer Konkurrenz zwischen diesen beiden Abnehmerklassen der Fall sein würde, den Preisforderungen der Fabrikanten entgegenzutreten vermag. Insofern wäre also vom Standpunkte der Konsumenten kein Einwand zu erheben.

Anders sieht es mit den Abmachungen über den Verkaufspreis aus. Indem die großen Warenhäuser und die ihnen im Einkauf angeschlossenen unzähligen kleineren Firmen gezwungen werden, den Großhandelsaufschlag in ihren Ladenpreis miteinzukalkulieren, wird dem Einzelhändler theoretisch die lästige Konkurrenz der billigen Warenhauspreise für Baumwollstapelwaren genommen. In der Praxis sieht es freilich anders aus; denn schon erfährt man, daß sämtliche Ausverkaufveranstaltungen aus dieser Regelung ausgenommen sind, und da die in Frage kommenden Baumwollstapelwaren ja vorzugsweise während der Ausverkaufstage Gegenstand sogenannter „Schleuderverkäufe“ gewesen sind, wird sich wohl wenig am tatsächlichen Zustand ändern.

Man brauchte die ganze Angelegenheit also nicht allzu wichtig zu nehmen, wenn nicht gewisse weitere Abmachungen das Bild noch mehr änderten. So ist beispielsweise bestritten worden, daß die betreffenden Warenhäuser sich verpflichten, nur bei dem dem Großhandelsverband angeschlossenen Firmen ihre Nachorders aufzugeben. Diese Abmachung und die ausdrückliche Beschränkung des Vertrages auf einige ganz große Warenhausfirmen, die nunmehr bei allen Preisveränderungen in direkter Verbindung mit dem Großhandel zusammenwirken werden, sind symptomatisch wichtig.

Die Warenhäuser, die bisher Großhandelsfunktionen hatten, werden nunmehr vom Großhandel sozusagen auch an ihre Großhandels „pflichten“ erinnert, das heißt in diesem Falle, an die „Pflicht“, keinen Ruhen auszulassen und den Konsumenten nicht etwa auf einem verkürzten Wege, der dem übrigen Zwischenhandel gefährlich werden könnte, die Waren anzubieten.

In Wahrheit handelt es sich hier vom Standpunkte der Verbraucher keineswegs um eine fortschrittliche oder verbilligte Maßnahme; sie zeigt vielmehr deutlicher als manches andere, wozu der Kurs der „privalkapitalistischen Planwirtschaft“ steuert. Für den Konsumenten ist es demgegenüber nicht bedeutungslos, sich daran zu erinnern, daß es andere Kreise gibt, die auch Großhändler sind und sich einer derartigen Politik nicht angeschlossen haben — die Konsumgenossenschaften.

## Großaufträge für den Siemens-Konzern.

Ueber den großen Auftrag, den der Siemens-Konzern für die Elektrifizierung der französischen Bahnen erhalten hat, werden jetzt Einzelheiten bekannt. Zunächst kommen 100 elektrische Lokomotiven (Personen- und Güterzuglokomotiven) und fünfzehn Triebwagen zur Ausführung, von denen der kleinere Teil einen französischen Werk und der größere Teil dem Siemens-Konzern in Berlin in Arbeit gegeben ist. Die Lokomotiven haben eine Leistungsfähigkeit von mehr als 1500 PS und eine Höchstgeschwindigkeit für Personenzüge von 95 Kilometer und für Güterzüge von 75 Kilometer.

Außerdem sind bei dem Siemens-Konzern für die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn u. a. bisher über 1100 Triebwagenmotoren und ein Teil der elektrischen Ausrüstung für weitere 1113 Fahrzeuge erteilt worden. Außerdem hat Siemens die Montage für den halben Wagenpark übertragen bekommen. Mit der Beendigung der Montage wird im Frühjahr 1929 gerechnet.

Dividenden im Schenkonzern. Wie gemeldet wird, hat der Aufsichtsrat der Wittener Walzenmühle A.-G. Duisburg beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent vorzuschlagen. Die Wittener Walzenmühle gehört zur Deutschen Mühlenvereinigung A.-G., die die Mühlen-Gesellschaft des so hart umstrittenen Schenkonzerns darstellt. Bisher wurde nur die heftige Rumormühle als wirklich rentabel angesehen. Es zeigt sich aus der hohen Dividende der Wittener Mühle, daß die Auffassung von der weitgehenden Ertragslosigkeit der Schenkermühlen zum mindesten sehr übertrieben ist.

Verfüllung von Nordpolarkohle. Der Frants-Britische Destrukt hat ein Abkommen über die Ausbeutung seiner Patente zur Gewinnung von Öl aus Kohle in Norwegen abgeschlossen. Die erste Anlage mit einer Tagesleistung von 500 Tonnen Kohle soll in Bergen (Südnorwegen) schon im Frühjahr den Betrieb aufnehmen. Aus dieser Kohlenmenge sollen 25 Proz. Bergin und Öl gewonnen werden. Weitere Anlagen sind für Norwegen in Aussicht genommen. Als Rohmaterial wird ausschließlich Kohle aus Spitzbergen verwendet.

# Riesenkampf der Textilarbeiter.

## Zweihunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen in Rheinland-Westfalen samt Familienangehörigen mit der Aushungerung bedroht!

Um das Reichsarbeitsministerium zu beeinflussen und die ihm unterstellten Schlichtungsstellen zu schrecken, sind die Vertreter familiärer Textilarbeiterverbände in Berlin zu einer Sitzung zusammengekommen, um dort ganz generell zu beschließen, jeder Lohnerhöhung Widerstand entgegenzusetzen und „zunächst“ die Textilarbeiterschaft in Rheinland-Westfalen auszusperrn.

Wie diesem Beschluß soll versucht werden, die erschreckend niedrigen Löhne der deutschen Textilarbeiterschaft unter allen Umständen beizubehalten. Man stempelte damit die deutsche Textilarbeiterschaft zum Paria der deutschen Industriearbeiter.

Im Bezirk Düren, dem Ausgangspunkt des Unternehmerdikts, wurden einer ganz bescheidenen Lohnforderung wegen etwa 5000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen ausgesperrt. Diese Aussperrung dauert bereits sieben Wochen. Im Anschluß daran wurden aus demselben Grunde im Münchener-Glabbacher Bezirk weitere 45 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen ausgesperrt. In diese Aussperrung bezog man auch den Bietener Bezirk mit weiteren 3000 Aussperrten ein, trotzdem in diesem Bezirk der Lohnstarif noch bis zum 27. November läuft und nur der Manteltarifvertrag strittig ist.

Nach einem weiteren Beschluß der Arbeitgeberverbände der Textilindustrie im links- und rechtsrheinischen Bezirk wird heute, Sonnabend, die

**Aussperrung von weiteren 150 000 Textilarbeitern** zum 27. Oktober ausgesprochen, so daß von diesem Tage ab 200 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen ausgesperrt sind.

Durch den Beschluß der Arbeitgeberverbände gezwungen, soll der Kampf auf breiteste Grundlage gestellt werden, und zwar dergehalt, falls bis zum 3. November keine Einigung der Parteien erfolgt, in weiteren großen Textilbezirken Deutschlands ausgesperrt wird.

Die Tendenz dieser unerhört brutalen Drohung ist unverkennbar. Reichsarbeitsministerium und Schlichtungsinstanzen sollen davon abgeschreckt werden,

### die krautigen Löhne der Textilarbeiterschaft

zu erhöhen, damit die Profitrate der Textilgewaltigen durch eine Erhöhung der Löhne nicht beeinträchtigt wird.

Auf der einen Seite klagen die Textilgewaltigen, daß jede Lohnerhöhung „untragbar“ sei, daß die Betriebe auch die kleinste Erschütterung nicht ertragen könnten. Auf der anderen Seite dagegen sperren dieselben Unternehmer, die diese Klagen führen, strupplos hunderttausende von Textilarbeitern und -arbeiterinnen aus, erschüttern ihre Betriebe durch diese Aussperrung auf das aller-schwerste und bereiten der „notleidenden“ Textilindustrie unbedenklich

### einen ungeheuren Produktionsausfall.

der in einem Ausmaße zu Schäden führt, die, rein ziffernmäßig betrachtet, die von den Arbeitnehmern geforderten Lohnerhöhungen auf Jahre hinaus weit hinter sich lassen würden. Eine Reihe von Betrieben wird durch diese Aussperrungsmassnahmen wirtschaftlich aufs ernste gefährdet. Sie dauern stillzuliegen, scheint mit der Zweck der Aussperrungsführung zu sein. Täglich lauten Fabrikschiffe bei den Textilarbeiternergewerkschaften an und teilen mit,

### daß sie ihre Betriebe wieder öffnen wollen

und bereit sind, nennenswerte Lohnerhöhungen zu machen. Daraus ergibt sich, daß eine ganze Reihe von Textilfabrikanten den unsinnigen Beschluß der Arbeitgeberverbände nicht ausführen wollen, da ihnen das Wohl und Wehe ihrer Betriebe näher liegt als der Machtstandpunkt der Arbeitgeberverbände der Textilindustrie. Die Konventionalstrafen aber werden sie dazu zwingen.

Klar und deutlich ergibt sich aus der Machtprobe der Arbeitgeberverbände und dem Verhalten einer Reihe ihnen angeschlossener Unternehmer, daß ihnen der Kampf in der Textilindustrie nicht um die geringen Lohnerhöhungen geht, die gefordert wurden, sondern zu dem Zwecke,

### die Textilarbeitergewerkschaften zu zer schlagen.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheut man sich nicht, die Wirtschaft den schwersten Erschütterungen auszuweisen. Was würden diese wild gewordenen Arbeitgeberverbände wohl sagen, wenn es den Textilarbeiternverbänden einmal einfallen sollte, lediglich vom Machtstandpunkt aus derartige Wirtschaftskämpfe zu inszenieren? Dann würde man im Unternehmerlager Zeter und Mordio schreien, die Gewerkschaften zertrümmerten um eines Machtstandpunktes willen die deutsche Wirtschaft.

Alle Beschlüsse und alle Maßnahmen der Arbeitgeberverbände der Textilindustrie können den von den Gewerkschaften eingenommenen Standpunkt nicht erschüttern. Der Kampf ist der Textilarbeiterschaft und den Textilarbeitergewerkschaften aufgezogen durch die Schuld der Unternehmerrückseite in der Textilindustrie.

Die Textilarbeitergewerkschaften sind bereit, diesen Kampf, koste es was es wolle, durchzuführen.

An der Stärke der Gewerkschaften muß der Machtwille der Arbeitgeber zerbrechen und es muß den einzelnen Unternehmern durch diesen Kampf klar und deutlich vor Augen geführt werden, daß sie nicht ungestraft derart mit der Brandfackel spielen können.

Darüber dürfte sich heute jeder ernst zu nehmende Wirtschaftler klar sein, daß der Schaden, der durch das Machtakt der Textilarbeiterverbände der deutschen Textilindustrie sowohl auf dem Inlands- wie auf dem Auslandsmarkt zugefügt wird, so leicht nicht wieder gut gemacht werden kann. Die Arbeiterschaft ist unschuldig an dieser Tragödie. Die ganze Schuld liegt einzig und allein auf den Schultern der Scharfmacher, die den von ihnen diktierten Machtstandpunkt zu verortmorden haben.

## Die eisernen Nordwestlichen.

Die Herren der Nordwestlichen Gruppe der Eisenindustrie suchen ihren Aussperrungsbeschluß vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Der Auftragsbestand sei im dritten Vierteljahr um 20 bis 30 Proz. zurückgegangen. Nur in der Hoffnung auf eine spätere Belebung des Inlandsmarktes sei überproduziert worden. Doch trotz der verschlechterten Lage seien die durchschnittlichen Verdienste in diesem Zeitraum um 4 Proz. gestiegen.

Das Angebot (1), trotz schlechter Konjunktur die erhöhten Verdienste auf ein Jahr weiter zu vereinbaren und außerdem den reinen Zeitlöhnen eine tarifliche Zulage zu sichern, so daß die Arbeiter mit den Zuschlägen monatlich 57 Pfennig pro Stunde

erhalten, wurde von den Gewerkschaften mit der Begründung abgelehnt, daß der Durchschnittsverdienst in anderen Tarifgebieten, und zwar nur der weiterverarbeitenden Eisenindustrie in Deutschland höher sei als im Bezirk der Nordwestlichen Gruppe. Diese Angabe sei irrig, da sie nur auf Durchschnittsverdienste der Akkord-sacharbeiter sich beziehe, während der Durchschnittsverdienst die Gruppe Zeitlöhner und Akkordarbeiter gleichzeitig umfasse. Nicht zureichend sei auch die Schätzung des Mehrverdienstes der Eisenindustrie auf 48 Millionen Mark im Monat Mai.

Die Unternehmer hätten auf die Konsequenzen hingewiesen, die durch Mehrbelastung der Selbstkosten in der Preisfrage entstanden zum Nachteil des jetzt schon außerordentlich überspannten Preisniveaus der gesamten Wirtschaft.

„Da die Gewerkschaften auf keinen Fall von ihren Forderungen abgehen wollten, und dadurch der Abschluß eines Tarifvertrages im Wege freier Vereinbarung als gefährdet zu betrachten war, wodurch ein tariflicher Zustand vom 1. November bei den Werken der Nordwestlichen Gruppe eintritt, der nach der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Lage nicht tragbar ist, haben sich die Arbeitgeber gezwungen, den Betreibern zum 1. November zu kündigen.“

Die weiterverarbeitende Industrie sei gezwungen, langfristige Aufträge zu festen Preisen heranzunehmen. Jede Verteuerung der Selbstkosten durch Lohnerhöhung und sich daraus ergebender Materialverteuerung während der Ausführung langfristiger Aufträge vermindere bei der scharfen Inlands- und Auslandsfonturrenz die Gewinnspanne. Es wäre volkswirtschaftlich in einer stabilisierten Wirtschaft ein Rückschritt, wenn durch die durch einen tariflosen Zustand bedingten Folgen die Maschinenindustrie bei langfristigen Aufträgen zu gleitenden Preisen zurückkehren müsse. An die Hereinnahme von Auftragsaufträgen wäre dann nicht zu denken. Um die Erhaltung des heutigen Preisniveaus nicht zu gefährden, war es den Arbeitgebern nicht möglich, über das gemachte Angebot hinauszugehen.

Also wenigstens 57 Pf. Stundenlohn, einstweilen auf ein Jahr lang, darauf wollen die Herrschaften ihre Preisfaktulation einrichten, um dem Auslande erfolgreiche Konkurrenz zu bieten. Ist niemand von den Herren auf den Einfall gekommen, einmal nach-zurechnen, wie hoch das Bodeneinkommen eines Arbeiters bei diesem Stundenlohn nach den üblichen Abzügen ist und wie die Arbeiter es fertig bringen sollen, sich bei solchen Löhnen samt ihren Familien zu ernähren? Sie wollen das nicht wissen.

Sie haben den Kampf vom Jaun gebrochen, um eine Preiserhöhung durchzusetzen und die Löhne trotzdem niedrig zu halten.

## „Nur die Ruhe kann es machen.“

Bochum, 12. Oktober. (Eigenbericht)

Die Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes im rheinisch-westfälischen Industriebezirk beschäftigten sich in einer Konferenz mit dem Aussperrungsbeschluß der Eisen- und Stahlindustriellen der nordwestlichen Gruppe.

Die Konferenz erwartet, daß die Arbeiterschaft die neue Drohung der Arbeitgeber mit der notwendigen Ruhe behandelt und übereilte Handlungen irgendwelcher Art unterläßt. Nur den Anweisungen der Organisation ist Folge zu leisten. Eine große Konferenz der Vertreter des Bezirks wird am Dienstag, dem 18. Oktober, zur Gesamtsituation Stellung nehmen.

## Verschärfung des Waldenburger Streiks.

Waldenburg, 12. Oktober. (Eigenbericht).

Die Lage im Waldenburger Streikrevier hat sich angesichts der Haltung der Unternehmer, die sich nach wie vor gegen die erforderliche Lohnerhöhung sträuben, sehr verschärft. Im Laufe des Freitags kam es zu großen Ansammlungen von Streikenden vor den Lebensmittelläden. Auch aus Felhammer in der Nähe von Waldenburg werden derartige Ansammlungen gemeldet. In anderen Orten des niederschlesischen Industriegebietes ist ebenfalls eine starke Beunruhigung der Bevölkerung zu verzeichnen.

Die Erbitterung der Streikenden wurde durch die Nachricht erhöht, daß die Unternehmer bei der Restlohnzahlung den Lohn für drei Tage in Abzug bringen wollen. Diese Ankündigung hat wie eine Bombe eingeschlagen. Inzwischen weigern sich die Rotstandsarbeiter der Fuchsgrube, die Rotstandsarbeiten weiter zu verrichten. Sie begründen ihre Weigerung damit, daß die Unternehmer und auch die Schlichtungsbehörden ihrer Notlage völlig verständnislos gegenüberstehen.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

**Adolph Hoffmanns**  
„Erzählungen“

Gesammelte Erinnerungen aus Sozialistengesetzlicher Zeit mit Anhang  
200 Seiten stark auf holzfr. Papier in Ganzleinen geb. mit Titelprägung

3.— RM.  
Bes. geeignet zu Geschenkwegen  
Selbstverlag von Adolph Hoffmann  
Berlin O 17, Kopenstraße 6 II  
Bestellungen nehmen alle Vorwärts-Botenfrauen entgegen

**Rind- u. Schweine-Schlächtere:**

**Max Jobski**  
Putbusser Straße 8  
Qualitätsware / Billigste Preise

**Herrenkleider-Fabrik**  
gibt bis auf weiteres Anzüge, Jacketts, Paletots zu Fabrikpreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.  
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, 1 Tr.

## Verhandlungen im München-Glabbacher Bezirk.

Der Schlichtungsausschuß wird von amtswegen in den Lohnkonflikt im Textilbezirk München-Glabbacher Bezirk eingreifen und hat zu kommenden Dienstag Verhandlungen anberaumt.

## Veranstaltungen des ADB.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund veranstaltet in der Zeit vom 15. bis 20. Oktober in der Hochschule für Politik zu Berlin seinen fünften Gewerkschaftskursus. Als Vorlesungen sind u. a. die folgenden bedeutsamen Themen vorgesehen: Ministerialrat Prof. Goldt: „Gewerkschaftliche Organisationslehre mit der Beamtenbewegung“; Ministerialrat Dr. H. Simons: „Moderne Staatsidee und Beamtenchaft“; Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Hirsch: „Die Organisationsfrage im öffentlichen Betrieb im Vergleich zum Privatbetrieb“; Ministerialdirektor Dr. Brecht: „Wandlungen in der modernen Verwaltungstechnik“; Reichminister a. D. Landsberg: „Der Beamte im neuen Strafgesetzbuch“; Polizeipräsident Zörgiebel: „Polizei und Volkstum“; Staatssekretär Krüger: „Das Siedlungswesen in seiner Bedeutung für Staat und Gesellschaft“; Rudolf Goldscheid-Wien: „Menschenökonomie und Verwaltung“.

## Berliner Gewerkschaftsschule.

In der Zeit von Montag, den 15. Oktober, bis Freitag, den 19. Oktober, beginnen sämtliche lehrplanmäßigen Kurse der Berliner Gewerkschaftsschule. Wir machen ausdrücklich auf diesen Termin aufmerksam und geben bekannt, daß noch in allen Kursten hören aufgenommen werden können.

Am Montag, dem 15. Oktober, beginnen folgende Kurse:

80. 2. Wirtschaft, Politik und Verkehr. Lehrer: Redakteur W. G. R. B. Beginn: Montag, 15. Oktober 1928, 19 Uhr. Der Kursus hat die Aufgabe, den Charakter der Welt als Instrument der öffentlichen Meinung aufzuzeigen. In der Hauptrolle soll herausgestellt werden, wie die „Wirtschaft“, d. h. die Herrschaft der großen Betriebe und Konzerne der Welt ihren politischen und gesellschaftlichen Zwecken dienlich und gefällig machen. Im einzelnen werden folgende Themen durchgesprochen werden: Die Ursachen der modernen Weltung, der Einfluß der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung auf das Werden der Parteien. Nachrichtenstag: Technische Vorbedingungen, Telegraphie- und Fernschreibbüros (Alfred Döpp, Reuter, G. B. u. M.), Rundfunk und Presse, Zeitung und Wirtschaft: Die Zeitung als Geschäft. Die großen Zeitungsunternehmen (Gutenberg, Wolff, Wolff), Umkehr der Arbeiterschaft. Die Zeitung im Dienst der Großindustrie, Parteipolitik, Zeitung und Politik: Die öffentliche Meinung. Die amtlichen Verfassungen, Parlament und Presse. Die Welt der Werbung.

80. 4. Die proletarische Frau in der Familie, im Betriebe und in der Politik. Lehrer: Frau W. G. R. B. Beginn: Montag, den 15. Oktober 1928, 19½ Uhr. Die Frau in der Familie und in der Politik in Europa, Asien, Afrika, Südamerika, China, Japan. Frauenleben bis zum Beginn der Großindustrie. Die Frau in der Zeit des Frühkapitalismus. Verträge zur Verbesserung ihrer Lage. Die erste Frauenarbeits-Schutzgesetzgebung, die achtjährige Arbeitsbewegung. Die Frau in der modernen Wirtschaft: Arbeitsort, Lohn, Arbeitszeit, Beteiligung an der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, bürgerliche Frauenbewegung und Erhebung der „höheren“ Berufs. Besondere Probleme des Frauenlebens: Prostitution, freie Liebe und Ehe, Geburtenregelung und Abtreibung, Mutterchaftsversicherung, Erbschaft, Heirat, Beteiligung der Frau. Heilige Geschlechterverhältnisse. Politische Beteiligung. Gibt es eine besondere Frauenpolitik? Vorlesungen qualifizierter Ent-wicklung.

80. 8. Bilanzlehre für Betriebsräte und Aufsichtsratsmitglieder. Lehrer: Dr. Wilhelm R. B. Beginn: Montag, den 15. Oktober 1928, 19 Uhr. Der Kursus soll in das Wesen und die Technik der Bilanz des Betriebes und Aufsichtsratsmitgliedern einfließen. Die Bilanzprüfungen werden nicht an Hand fiktiver Bilanzaufstellungen, sondern an realen Bilanzprüfungen der Betriebe veranschaulicht. Jeder Teilnehmer erhält eine Unterlage.

80. 9. Arbeiterschaftliche Gruppe für Kalligraphen. Lehrer: Dr. Franz R. B. Beginn: Montag, den 15. Oktober 1928, 19 Uhr. Grundbegriffe des Rechts, der Arbeitsvertrag, der Tarifver-trag, das Schlichtungswesen, das Recht der Kollektivität, das Recht der Betriebsräte, das Recht der Arbeitsvermittlung, das Recht der Arbeitserschwerung, die Fortbildung des Arbeiters.

Die mit „ED.“ bezeichneten Kurse werden im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, abgehalten, der mit „G.“ gekennzeichnete findet im Sophien-Lyzeum, Weimierstraße 16/17, statt, der mit den Buchstaben „G. W.“ im Unterkrichstrum der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1 Tr., rechts.

## Schreplanänderungen.

1. Der kulturpolitische Kursus „Das Gesicht der Arbeiterbewegung in anderen Ländern“ kann nicht stattfinden, da der Dozent, Dr. R. H. B. B., wegen beruflicher Überlastung abgezogen hat.

2. Die arbeitsrechtlichen Ausprobierkurse für Betriebsräte beginnen nicht, wie beabsichtigt, am Dienstag, dem 16. dieses Monats, sondern erst am Dienstag, dem 23. Oktober, um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, Saal 5.

3. Der für den 28. November dieses Jahres angekündigte Vortrags- und Diskussionsabend über „Koloniale Ausbeutung und europäische Arbeiterchaft“, Referent: Franz Joseph Furtwängler, ist am 5. Dezember, abends 19½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: Aktion! Der literarische Abend findet um 8½ Uhr im Bürgercafé des Stadtcafés, Inhaber im Stadtcafé, Kienbergstr. 111, Berlin, statt. Die Beschlüsse von den beiden Beschlüssen von Franz Andrejew, Unfortschrittstag 20 Pf. Beginn pünktlich 19½ Uhr. Karten sind an der Kasse zu haben. — Diskurs und Kreis Oberpost: Moderner Kultur in der Jugendbewegung. Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen. Treffpunkt 23½ Uhr, letzter Bahnhof.

## Zuaendraruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Sonnabend, veranstalten wir unter dem Titel „Der Tag der Zeit“ gemeinsam mit den übrigen AFB-Verbänden einen Wanderrats-Abend im Ullsp. Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf.; Programm und Kleber-Abgabe sind im Preis mit eingeschlossen.

# Billige Handfilet-Gardinen

## Halbstores, Künstlergarnituren u. Bettdecken

In großer Auswahl führen wir in diesen Artikeln bestgewählte Sortimente. Aparte, gut wirkende Muster, die bestverarbeitet, hohen Ansprüchen genügen, bringen wir zu fabelhaft billigen Preisen. Besonders empfehle ich wir:

Filet-Halb-Stores vom Stück für besonders breite Fenster
Ecre-Filet-tores, bevorzugt für moderne Dekorationen
Filet-Bettdecken in modernster Ausführung
Hand-Filet-Stores . . . von 29.- 24.- 19.- 16.- 12.- 10.- 7.-
Ecre-Halb-Stores, Handfilet 41.- 35.- 29.- 24.- 20.- 16.- 12.-
Hand-Filet-Bettdecken . . . . . 56.- 42.- 37.- 26.- 16.-
Filet-Künstler-Garnituren . . . . . 30.- 26.- 19.-

Lassen Sie Ihre Fenster-Dekorationen bei uns anfertigen. Wir haben große Auswahl in Stoffen und fertigen Ihnen dieselben fach, emäß und billigst

## Sächsisches Gardinen- & Teppichhaus

Richard Müller

Berlin-Neukölln, Hermannstraße 32

Filialen:

Eberswalde, Eisenbahnstr. 99, neben Hauptpost | Nowawes, Priesterstraße 57

## Die Bestie.

Von Käthe Donny.

In der Dämmerstunde trat er noch einmal an ihren Käfig. Sie schien zu schlafen. Träge ausgestreckt lag sie in ihrem Winkel. Die kleine Lampe im Gange gab nur einen trüben bligen Lichtschimmer.

Der Bändiger stand unbeweglich vor dem Käfig der Löwin. „Lolla.“ Er hörte ihren Atem, er fühlte ihn wie eine heiße Welle ruckweise durch die Luft gehen. Er roch den wilden Dunst des mächtigen Körpers. „Bestie“ sagte er. Dann ging er.

Seit ein paar Tagen war sie in seltsamer Unruhe. Sie war widerspenstig, eigenwillig, ungeschickt. Sie gehorchte nicht. Sie war faul und tödlich. Der Bändiger — schmal, straff, die verkörperte Peitsche, versuchte es mit Klugheit, Geduld, List. Lolla widerstand allem. Da wurde er brutal, und sie hob zum ersten Male die Lüge gegen ihn. Er schlug sie. — Sie sah ihn an. Es war der erste Schlag, den sie von ihm empfing. Sekundenlang sah sie da, niedergedrückt, mit glühenden Augen, die allmählich zu trübem Bernstein erstarrten. Dann sprang sie, kletterte, stand wieder, wie er befahl. „Nuch Lolla braucht die Peitsche,“ sagte er nachts darauf zu dem Mädchen, das er liebte. „Ein königliches Tier — und die Peitsche —, es ist schade. . .“

Das Mädchen sah ihn an. „Lust es dir leid?“  
„Ja. — Stolz sollte nicht gebrochen werden.“  
„Ein dressiertes Geschöpf besitzt keinen Stolz.“  
„Lolla ist nicht dressiert. Sie ist nur klug, und sie liebt mich.“  
„Dann hat ihr Widerstand einen Grund.“

Der Bändiger sah das Mädchen an. Es lag schmer und entsetzt unter seinen Augen. „Wie ihr den Tieren näher steht als mir. — Ja, ich war zerstreut in der letzten Zeit.“ Er schlug die Hand fest um den Nacken des Mädchens. „Zerstört — deinetwegen.“ Ihre Hand suchte nach seinem Griff. „Du tust mir weh,“ sagte sie und lächelte glücklich.

Die Löwin hatte sich ganz aufgerichtet. Sie schritt in ihrem Käfig auf und ab. Hin und her. Ihr Schweif schlug das Gitter, daß es ein feines klingendes Zittern gab. Der Hefe klagte. Lolla knurrte leise. Ununterbrochen ging sie auf und ab. Die Luft war heiß und feucht. Die Lampe flackte und leuchtete dunkelrot durch den Dunst. Lolla brüllte auf.

„Hörst du etwas?“ Der Bändiger war im Einschlummern.  
„Nein,“ sagte das Mädchen. Es lag mit offenen Augen, hörte das Brüllen und dachte an Lolla. „Die Peitsche,“ dachte es. „Wie das sein mag —, so stolz zu sein und so gebrochen zu werden.“

Das Mädchen sah am anderen Morgen zu, als er probte. Am Abend sollte die große Vorstellung sein. Als der Käfig mit der Löwin hereingeschoben wurde, stand Lolla aufrecht, die Augen starr auf den Bändiger gerichtet. Er öffnete das Gitter, die Peitsche in der Hand. Lolla stand unbeweglich. Als er das Gitter hinter sich schloß und sich wieder umwandte, legte sie sich zu seinen Füßen nieder und schaute ihn an. Er stützte einen Augenblick, dann beugte er sich nieder, so so viel Demut erschütterte. Er sah tief in die gelben Tümpfen. Sie waren wie flache Goldpässe, mit zwei glühende Sonnen, fremd, fern, rätselhaft —, und zum ersten Male kam ihm Scham über die Gefangenschaft eines königlichen Tieres, das der Schaulust der sensationsgierigen Menge ausgelegt ist. Zum ersten Male empfand er Mitleid. Und wie um ihn noch tiefer zu demütigen, stand jetzt die Löwin auf, stieg ruhevoll von einem Holzstapel zum anderen, über diese Reihe lächerlicher Klöße, die wie Karikaturen von Thronen im Kreise standen — sprang, ohne einen Zuruf abzumachen, durch den ersten Reifen —, es war wie ein Schwung in die Weite, ein Zurückstellen des königlichen Leibes in gestreckter Schönheit. — sprang noch einmal und stockte plötzlich.

Ganz nah am Gitter stand das Mädchen und lächelte.  
„Geh zurück,“ rief der Bändiger, „es stört.“  
„Es interessiert mich,“ sagte sie, und blieb.

Die Löwin blickte auf das Mädchen.  
Der Bändiger rief ein Kommando. Lolla rührte sich nicht. Mit allen vier Füßen auf einen Klöß gedrängt, spähte sie durch das Gitter.

„Siehst du denn nicht?“  
„Ja, — — ich sehe.“

Die Löwin blickte von einem zum anderen.  
Der Bändiger hielt in der Linken den Reifen, in der Rechten die Peitsche. — Ein Zuruf. — Lolla sah ihn an und blieb stehen.

„Geh zurück,“ rief er dem Mädchen zu.  
Das Mädchen lachte. „Bist du nicht der Stärkere?“  
„Ja,“ rief er und schwang die Peitsche.

Ein Pfeifen durch die Luft, ein Fauchen, ein Aufspringen, ein Schrei hier, ein Schrei dort: „Hilfe — — Hilfe.“ — —

Man schoß Lolla ins Hirn. Zwei-, dreimal. Sie hätte sonst die Beute nicht herausgegeben. Unter ihren Fronten lag der Körper des Bändigers scheinbar unversehrt, aber als man die eine Pranke löste, sprang ein Blutstrahl hervor.  
Die Krallen waren bis ins Herz gedrungen.

## Licht und Technik.

Von Dipl.-Ing. Dr. Arthur Hamm.

Die große, in diesen Tagen stattfindende Veranstaltung „Berlin im Licht“, wird die beherrschende Stellung, die die Beleuchtung im Leben des modernen Menschen innehat, uns besonders deutlich vor Augen führen. Durch die technische Entwicklung eines Jahrhunderts ist die Größe des auf Erden vorhandenen Lichtes in ungeahnter Weise vermehrt worden. Die trübselige Beleuchtung, die noch zu Goethes Zeiten in kleinen und großen deutschen Städten herrschte, wich bereits im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts der damals als „strahlend“ empfundenen Gasbeleuchtung, und die Berliner waren nicht wenig stolz auf ihre fortschrittliche Stadt, als sie vor etwa 100 Jahren die Gasbeleuchtung wenigstens einiger Hauptstraßen einführt. Wie anspruchsvoll wir geworden sind, sieht man am besten daraus, daß uns der damals verwendete einfache Gasbrenner so trübe erscheint, daß wir gegenüber dem Kleinspan kaum einen Fortschritt erkennen können. An diesem Zustande änderte sich Jahrzehnte lang nichts, nur daß die Gasbeleuchtung Fortschritte machte, immer mehr Strohen ihrer teilhaftig wurden und sie in die Wohnungen einbrang. Hier wurde ihr freilich von dem um die Mitte des Jahrhunderts entdeckten Petroleum eine recht ernsthafte Konkurrenz gemacht.

Erst als das Jahrhundert sich schon seinem Ende zuneigte, begann die eigentliche technische Entwicklung. Die sechziger Jahre brachten die Erfindung, die die Menschheit stärker umgestalten sollte als vielleicht eine vorher, die Lokomotive nicht ausgeschlossen, die

## Ein Arbeiterdichter.

Zu Gerrit Engelkes 10. Todestag.

I.

Frühjahr 1918. In einer kleinen Garnison bei Mainz, „Goldens“ Mainz am Rhein. Starrend von Militär. Hatte eine kurze Kampaue zwischen Westfront, Festung und wieder Westfront. Ein Sonntagnachmittag. Siehe bei dem neu gewonnenen Freund auf der Bude. Bezaugen uns freundlich prüfend, rundgefüllt von Unausgesprochenem.

Nach einer Weile — man ist Soldat und mißtrauisch — brühen in dem kleinen Raum gute Worte auf, Worte der Freundschaft, der Nächstenliebe und der Verfluchung des Krieges.

„Sagt der Freund: „Es ist untragbar und kein Ende vorauszu sehen! Kein Ende.“

Sage ich: „Alles ist sinnlos geworden. Alles ist sinnlos geworden: die Gegenwart, die Arbeit, die Zukunft.“

Entgegnet der Freund und schiebt mir einige Papiere zu: „Dies das, sage mir deine Meinung.“

Ich las und las und las. . . Zuerst still für mich, dann leise brummend, wie man manchmal für sich selbst Gedichte liest, dann laut, jedes Wort, jede Silbe betonend, rezitierend.

Es waren Gedichte: neu im Ton, voll großer, ungewohnter Kraft. Die Bilder kühn, das Satzgefüge wie mit dem Hammer zurechtgehauen. Dann wieder Verse voll unendlicher Süße, voll Weichheit und Schmelzelele, in der kunstvollen Form der Terzinen.

„Wer ist der Verfasser?“

„Ein Lindergeleite, ein Bogobund, jetzt Soldat, auch irgendwo an der Westfront.“

„Komm' lass' uns gehen! Das Zimmer ist so eng, die Wände erdrücken!“

Und als wir durch die nahen Kiefernwälder, über die sandige Exerziererde von Mainz-Gonsenheim gingen, erzählte der Freund: der diese Gedichte schrieb, heißt Gerrit Engelke. Du wirst den Namen noch nie gehört haben; er ist ganz unbekannt. Richard Dehmel schickte ihn eines Tages zu mir, zu den „Vertretern auf Haus Ryland“. Engelke war zu Dehmel gegangen — im Sommer 1914, kurz vor dem Krieg — um ein Wort von ihm, dem Meister, über seine Arbeit zu hören. So lernte ich Gerrit kennen, zufällig und beinahe so phantastisch wie dich vor wenigen Tagen. . .

Und nach einer Weile des Schweigens: „Vor einigen Monaten, letzten November, wir hatten beide gerade Urlaub, war er bei mir im Böhmland. Wann wird dieser Krieg einmal ein Ende haben? . . .“

Am Abend, als wir zurückgingen, jeder in sein Quartier, dachte keiner von uns daran, daß wir Engelke nicht mehr sehen sollten. Und an diesem Sonntagabend war durch den Dritten, Fremden und doch schon Vertrauten, eine Freundschaft zwischen uns, die über ein Jahrzehnt dauern sollte und heute noch währt. Der Freund und Soldat — einziges Geschenk dieser Kriegsjahre — war Jakob K u e l p, der Dichter des „Befehltritis“ und des „Lebendigen Gottes“.

II.

Zwei Jahre später. Juli 1921. Aufblühende Inflation. . . Amerikanische Schokolade, 50 Gramm Margarine und geschmuggeltes Sagarin sind wertvoller als jede Art Kunst. Wer schert sich um den neu erschienenen Gedichtband eines Autors, den niemand kennt?

Doch eine Berliner Zeitung und eine mutige Zeitschrift im Rheinland bringen meinen hier folgenden Aufsatz über Engelke den Dichter, eines der ersten (vielleicht sogar das erste) öffentliche Bekenntnis zu ihm.

Engelke: „Rhythmus des neuen Europa“.

Ohne Paukenschläge, ohne Trummelwirbel, selbst ohne grell leuchtende Lichtspalate wurde ein Buch aus der Tausche gehoben, von dem, nach menschlichem Ermessen, nicht mehr und nicht weniger zu sagen ist: es wird nicht mit dem Jahr, ja — noch nicht mit dem Jahrzehnt seines Erscheinens vergehen. Ich weiß: solches festzustellen und auch auszusprechen ist ein Vergehen, begangen an den reklamelüberfüllten Gefilden jener Kategorie Lyrik, die, trotz ihrer

der Dynamomaschine durch Werner Siemens. Ein Jahrzehnt später beleuchteten bereits elektrische Bogenlampen die Leipziger Straße, und bald darauf trat Edison mit der von ihm erfundenen Glühlampe auf den Plan. Jetzt waren alle Vorbedingungen gegeben, um in die Wohnungen eine Beleuchtung zu tragen, die alles vorher Dagewesene soweit übertraffen sollte, wie Gas und Petroleum den Kleinpan: das elektrische Licht trat seinen Siegeszug an.

Roch ging es freilich langsam vorwärts. Es war eine sparsame Zeit, vom wirtschaftlichen und gesundheitlichen Wert reichlicher Beleuchtung war noch nichts bekannt, Licht war mehr oder weniger teuer. Die wenigen vorhandenen Elektrizitätswerte erzeugten nur des Abends den Strom für die häusliche Beleuchtung, tagsüber hatten sie so gut wie nichts zu tun, mußten aber trotzdem wenigstens eine Maschine laufen lassen, um den zufälligen Ansprüchen der Abnehmer zu genügen. So dauerte es lange, bis das Borurteil, elektrisches Licht sei nur für die Reichen da, überwunden werden konnte. Zudem machte in den neunziger Jahren die Erfindung des Glühlampens durch Auer von Weisbach dem elektrischen Licht einen kaum zu schlagenden Wettbewerb. Freilich brachten diese neunziger Jahre auch dem elektrischen Licht einen großen Fortschritt, und derselbe Auer fand die Verwendung der schwer schmelzbaren Metalle in der Glühlampe als Leuchtadren, die die Lichtausbeute im Hundsdrehen auf das Dreifache steigerte. Es war schon früher versucht worden, das Platin als Leuchtadren zu verwenden, aber diese Bemühungen waren erfolglos geblieben. Edisons Kohle-faden schlug alles aus dem Felde. Nachdem aber einmal Auer den Weg gezeigt hatte, jagten sich die Erfindungen. Das von ihm verwendete Osmium war nicht besonders geeignet, besser schon war das Tantal, das Siemens und Halske einführt, am besten aber war Wolfram, ein äußerst hartes und schwer zu bearbeitendes Material, das schließlich von allen Seiten angenommen wurde.

Wer damals alle seine Glühlampen gegen die neuen Metall-fadenlampen auswechselte, konnte bei gleicher Beleuchtungsstärke seine Stromrechnung auf ein Drittel herabsetzen. Manche kurzfristigen Leiter von Elektrizitätswerken bejammerten daher die Erfindung, die ihre Einnahmen so wesentlich zu schmälern drohte. Aber das gerade Gegenteil trat ein. Wer die neuen Lampen anschaffte, wollte nicht weniger Strom verbrauchen und Geld sparen, sondern für dasselbe Geld mehr Licht haben. Ein Lichtbaumel hatte die Welt er-

überzivilisierten kraftmeierischen Geste, über eine bodenlosste Blat-armut nicht wegäufchen kann.

Es handelt sich im folgenden „nur“ um einen Band Gedichte, und zwar um den des im Kriege gefallenen Proletariats Gerrit Engelke: „Rhythmus des neuen Europa“ (Eugen Diederichs, Jena 1921). Um jeder Mißdeutung vorzubeugen, sei vorweg eindeutig festgestellt: Engelkes Gedichte haben nicht das geringste gemein mit sogenannter Propagandalyrik, sei diese auch gearbet wie sie will. Zwei willkürlich aus der unerlöschlichen Fülle des Buches herausgegriffene Stellen mögen dies beweisen.

„Hier sitz ich in dem engen windtreppen hohen  
Steinstadzimmer  
Ich möchte raus aus diesem rohen  
Strahlenleben, diesem Grünzeugmarkt-Gewimmel —  
Fort von diesen Tanten, diesem Schwäher —  
Ich, der lärm- und werbdurchsuchte Europäer,  
O Tehera —.“

So in dem sehnstuchtschweren und kosmoswelten, habei aller Sentimentalität baren „o Tehera“ — und in der „Romanz in allen Regenbogenfarben“ einer bilder- und farbenprächtigen Symphonie stimmt er Töne an wie diese:

„Komm auf mein Schiff! Heute bin ich der Baas,  
Der Herr meines Tages!  
Menschlich und warm wie aufgestanden vom Tisch des Geloges —  
Unter deinen weißglacierten Schühchen, wundervoll,  
Schaukelst würzig braungeleerte Pflanze hoch! —.“

Hier spricht nicht eine von egozentrischen Interessen angefaltete Individualität, der ihr Dichtertum nur ein von besten Selbst-zwecken aufgebauchter Mantel ist, sondern ein subjektiv, peripher schwingender Mensch, erd- und wolkennah, singt in brausenden Rhythmen dem sterbenden Europa sein Grablied und verkündet in donnernden Fugen den Anfang einer neuen Welt. . . Engelke, der starke, trohige Verkünder junger Menschheitsepochen, — der den größten Teil seiner Verse in jener Zeit schrieb, da Deutschland äußerlich auf dem Gipfel seiner Macht stand, — ist der letzte Apostel einer alten und zugleich erster Apostel einer neuen Welt. Er ist die Erfüllung alles dessen, was die „Düngsten“ in ihrem mori- und bombastreichen Versesammel verheßen, worauf wir sehnstuchsig warteten, ohne daß sie unser Verlangen erfüllen konnten. . .

Was sind Worte? Lebendiges, ehrensprechendes Sein und kein niedliches Spielzeug für Müßiggänger, Dummköpfe und Betrüger. Also möge dieses Wenige über Gerrit Engelkes „Rhythmus des neuen Europa“ Besagte genügen, um auf einen Dichter und sein Werk hinzuweisen, dem, wenn auch nicht das Heute und Morgen, so doch die Zukunft gehört.

III.

Beinahe ein Jahrzehnt ist vergangen seit diese Zeilen geschrieben worden sind. Hundert und aber hundert Aufsätze sind über den Dichter erschienen; kaum gibt es eine deutsche Zeitung, die nicht irgendeines seiner Gedichte gedruckt hat.

Sein kleines und doch so gewichtiges Werk, der Nachlaß des Siebenundzwanzigjährigen ist schon lange nicht mehr Eigentum eines kleinen Kreises. . . Es gehört jener besten Schicht des deutschen Volkes, der die Zukunft sein wird: der deutschen Arbeiter-schaft und insbesondere der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend“. Lebendig in ihrem Bewußtsein lebt Gerrit Engelke der Dichter, der Proletarier, das sinnlose Opfer des großen Völkermordens. Er, der lebensstarke und große Gestalter, der wachte:

Einmal ist Schauerstille um uns her,  
Das Herz klappt aus, ist tot und leer —  
Wir müssen all von unserm Herzen zehren.

Ruri Offenburg.

jaht. Noch um die Jahrhundertmitte herrschte in den elektrisch beleuchteten Wohnungen die 16kerzige Lampe vor, die uns heute, namentlich in Form der gelblich brennenden Kohlenfadenlampe, so namlos trübe erscheint. Die Metallfadenlampen brachten die höhere Lichtstärke in Aufnahme, die 40- bis 50kerzigen Lampen trafen die Nachfolgerin der 16kerzigen an, bald wurden auch sie durch die 100kerzigen überholt. Denn Wissenschaft und Wirtschaft begannen nun, sich für Beleuchtungsfragen zu interessieren, die Werte erkannten, daß gute Beleuchtung mancherlei Krankheiten verhindern konnte, nicht nur solche der Augen, und der rechnende Wirtschaftler steigern konnte. Daher wurden immer größere Lampen und in immer größerer Zahl verwendet. Den größten technischen Fortschritt auf dem Gebiete selbst stellt wohl eine Glühlampe dar, die kürzlich in Amerika hergestellt wurde und die gewaltige Strommenge von 50 Kilowatt aufnimmt, d. h. etwa 100 000 Kerzen erzeugt. Sie ist vornehmlich für Flugplatzbeleuchtung bestimmt.

Elektrisches Licht ist schon lange kein Luxus mehr, und auch reichliche Beleuchtung, wie sie heute fast durchgängig gefunden wird, sieht niemand mehr als Verschwendung an. Die Welt ist den großen Erfindern, die wie Edison oder Auer ihr das sicahende Licht gebracht haben, zu großem Dank verpflichtet, weil sie es ermöglicht haben, den gesundheitlichen Wert guter Beleuchtung auch den weniger Bemittelten zugute kommen zu lassen. Es ist ein altes Wort: Wo die Sonne hinkommt, kommt der Arzt nicht hin, aber auch die künstlichen Sonnen haben ihren Wert. Namentlich die Strahlen kürzester Wellenlänge, die wir gar nicht mehr als sichtbar zu empfinden vermögen und als Ultraviolett bezeichnen, sind von einer noch nicht vollkommenen Erforschung, äußerst starken medizinischen Wirkung, und künstliche Höhenlampen sind deshalb schon in weiten Kreisen in Gebrauch. Das Schöne hieran ist, daß der immer zunehmende Gebrauch der Elektrizität den Preis des Stromes immer weiter verbilligt; hat doch der elektrische Strom als einziges Wirkungsgut seinen Vorkriegspreis gehalten und teilweise unterschritten. Davon ist die so viel bessere Ausnutzung der Elektrizitätswerte schuld, die den ganzen Tag über Strom erzeugen. Aber wir sind trotzdem noch am Anfange. Denn in den Vereinigten Staaten ist der Gebrauch des elektrischen Stromes soviel weiter verbreitet als bei uns, daß auf den Kopf der Bevölkerung 3 1/2 mal soviel Kilowattstunden erzeugt werden wie bei uns.



## Rückgang der Fürsorgeerziehung in Berlin.

Die Bevölkerung ist auf die Fürsorgeerziehung nicht gut zu sprechen. Das ist verständlich, stellt sie doch einen brutalen Eingriff in die Elternrechte dar: Sie trennt das Kind von Mutter und Vater. Dazu kommt, daß die Bevölkerung im allgemeinen noch in den Anschauungen der alten Methoden der Fürsorgeerziehung vor dem Kriege befangen ist. Man stellt sich unter dem Begriff „Fürsorgeerziehung“ Anstalten mit vergitterten Fenstern vor. So etwas gibt es freilich — wenigstens soweit die Stadt Berlin in Frage kommt — heute nicht mehr. In seinen beiden Erziehungsanstalten Lindenhof und Strunzeshof hat Berlin Musteranstaltungen geschaffen. Die körperliche Züchtigung der Höglinge ist in allen Anstalten, die Berlin in Anspruch nimmt, unterjocht. Bedenkt man, daß die Lehrer der Fortbildungsschulen noch das körperliche Züchtigungsrecht besitzen und davon auch Gebrauch machen, so ergibt sich die Paradoxie, daß in der Zwangserziehung die modernen Grundzüge längst Eingang gefunden haben, während die Schulziehung davon noch unberührt geblieben ist.

Die Erziehungsanstalten der Stadt Berlin stellen indessen Ausnahmen dar. Im allgemeinen, besonders wo es sich um Anstalten für Mädchen handelt, sind sie — bei aller Anerkennung eines Fortschritts — von den mündlichen Zielen moderner Pädagogik noch weit entfernt. Sie unterziehen auch noch allzulehr dem Einfluß der Strafe. Abgesehen davon trägt jede, auch die bestgeleitete Anstalt, die Gefahr des Hospitalismus in sich, d. h. die Höglinge mögen in der Gemeinschaft der Anstalt sehr gut erzogen werden: im Leben finden sie sich später schwer aber gar nicht zurecht. Diesen Mangel der Anstaltserziehung haben einsichtige Lehrer längst erkannt. Sie pflegen eine Verbindung mit dem pulsierenden Leben durch Heranziehung von Jugendgruppen an die Anstalten zu schaffen.

Der verantwortliche Erzieher wird in der Fürsorgeerziehung die ultima ratio (das letzte Mittel) erklären. Sämtliche Jugendämter Berlins bemühen sich auch durch Ausbau der vorbestehenden Fürsorge und der Jugendpflege die Fürsorgeerziehung möglichst zu vermeiden. Erfreulicherweise ist seit 1924 in Berlin von Jahr zu Jahr ein Rückgang der Überweisungen von Kindern in die Fürsorgeerziehung zu verzeichnen. Im Jahre 1925 betrug der Rückgang 16 Proz. gegenüber dem Vorjahre, im Jahre 1926 abermals 10 Proz. Die seit dem Jahr 1922 beobachtete Steigerung der Überweisungen von weiblichen Minderjährigen im Verhältnis zu den männlichen ist im Jahre 1926 nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern es ist sogar ein verhältnismäßiger Rückgang zu verzeichnen. Wenn auch die seit 1924 eingetretene Besserung der

wirtschaftlichen Verhältnisse in der Hauptsache zu diesem günstigen Ergebnis beigetragen haben mag, so ist doch sicherlich auch durch die entsprechenden Maßnahmen der Jugendämter der Lebensstellung in Fürsorgeerziehung in vielen Fällen vorgebeugt worden. Sehr lehrreich ist ein Vergleich der Zahl der Fürsorgezöglinge in den einzelnen Bezirken.

In Fürsorgeerziehung Untergebracht am 31. März 1927.

Bezirk	Einwohnerzahl in Tausenden	männlich	weiblich	zusammen	auf 10000 Einwohner
Kreuzberg . . .	353,6	550	422	972	25,37
Wedding . . .	355,8	605	463	1068	30,02
Charlottenburg . . .	349,1	371	270	641	18,26
Friedrichshain . . .	338,0	535	414	949	28,08
Brenzl. Berg . . .	331,3	373	257	630	19,02
Mitte . . .	306,3	492	388	880	28,73
Neukölln . . .	301,6	428	304	732	24,28
Lichterfelde . . .	287,4	350	285	635	24,88
Schöneberg . . .	238,1	300	193	493	21,08
Lichtenberg . . .	207,1	238	147	385	19,55
Bismarcksdorf . . .	184,3	109	94	203	11,01
Steglitz . . .	172,2	137	120	257	14,92
Spandau . . .	117,0	191	111	302	25,81
Reinickendorf . . .	116,1	81	63	144	12,40
Pankow . . .	107,2	95	64	160	14,93
Treptow . . .	103,0	113	57	170	16,57
Lempelhof . . .	75,0	67	50	117	15,60
Cöpenick . . .	71,3	104	84	188	26,37
Heilensee . . .	60,9	91	87	178	29,23
Zehlendorf . . .	47,5	13	13	26	6,53
<b>Zusammen</b>	<b>4151,7</b>	<b>5278</b>	<b>3866</b>	<b>9144</b>	<b>22,02</b>

Nach dieser Aufstellung kommen in Groß-Berlin auf 10000 Einwohner 2202 Fürsorgezöglinge. Der größte Teil der Bezirke bleibt weit unter diesem Durchschnitt, und zwar, was besonders erfreulich ist, auch Bezirke mit vorwiegend proletarischer Bevölkerung, wie Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Treptow, Reinickendorf, Pankow.

Aufgabe der städtischen Jugendwohlfahrt muß es sein, diesen Rückgang der Fürsorgeerziehung in den letzten Jahren weiter zu steigern. Wohlfahrtsanstalten wie Kindergärten, Kinderheime, Jugendheime, die die Kinder und Jugendlichen schädlichen Einflüssen ihrer Umgebung entziehen, haben sich für die günstige Entwicklung der Kinder gut bewährt. Je mehr derartige Einrichtungen geschaffen werden, um so weniger wird der brutale Eingriff, den die Zwangserziehung für das Elternhaus bedeutet, notwendig sein.

Rag Peters.

## Wohnungsnot und Wohnungsleid.

Der Appell eines Wohnungsdezernenten.

Wie verhältnismäßig hier einen Offenen Brief unseres Wohnungsdezernenten, des Stadtrats und Senators Hans Holz, als ein Dokument von untrüblicher Güte.

Hofft zehn Jahre sind wir an der Arbeit, die Nachwirkungen des Krieges zu überwinden. Selbstzufrieden werfen wir uns in die Brust und bekennen: „Wie herrlich weit haben wir es doch schon wieder gebracht!“ Und in der Tat: Krankenhäuser für die leidende Menschheit, Schulen und Sportplätze zur Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes, Kirchen, Gemeindegäulen, Theater, Planetarien zur Verbreitung religiöser und kultureller Bedürfnisse, Festhallen, Reheparks und andere Großbauten zur Bedeckung des Volks- und Wirtschaftslebens, märchenhafte Kinopaläste, Luftschiffe, Flugzeuge, Kraftwagen, Rheingoldzüge — alles zeigt von gewaltigen Fortschritten und bedeutet anerkanntswürdige Aufbaubarbeit — und ist doch alles Land, so lang noch ein Selpen hinter all dem geistert und unsere ganze Unzulänglichkeit offenbart:

### die Wohnungsnot!

Wer in der Praxis eines Wohnungsamtes steht und auch in diesem Jahre 1926 noch nicht alle im Jahre 1921 eingetragenen Wohnungsuchenden mit Wohnraum versorgen kann, wer die elenden Quartiere kennt, die in normalen Zeiten von keinem Menschen benutzt worden wären und heute unter amtlicher Mitwirkung als Wohnung dienen, wer von der Ueberfüllung vieler Mietwohnungen mit Personen jeden Alters und Geschlechtes weiß, wer in jeder Sprechstunde so und so viel buchstäblich auf die Straße geschickten Emissarien ertönen muß, daß nicht das kleinste Quartier zur Verfügung steht und als letzte Rettung das Asyl für Obdachlose winkt, wer Wohnungsuchende in grüßter Notlage, Lungentransfe, Kinderreiche usw. oft monatelang vertrieben muß und alle Schritte, ganz abgesehen von Älteren und Einzelpersonen, auf Selbstunterbringung bei Verwandten oder in mütterlichen Zimmern verweisen muß, wer also die ganze Misere der Wohnungsnot täglich vor Augen hat, wer dann, falls er Neubauwohnungen zu vergeben hat, die Wohnungsuchenden vor den viel zu hohen Mieten verzweifelt zurückstößt (siehe!) — der allerdings nicht den ganzen Aufbaubereich kritisch gegenüber. Er ist der Meinung, daß sie alle, mit Ausnahme der Krankenhäuser, im Hinblick auf die Not der ihres Heims beraubten Wohnungsloten nichts bedeuten, wertlos sind, Patentinische Dörfer vorstellen und durch Verbrauch von Baustoffen und durch die Beschäftigung von Bauhandwerkern den viel notwendigeren Wohnungsbau behindern haben und noch verhindern.

Doch keine Vermittel! Wir haben bis jetzt alle gefühl-, mindestens durch Gleichgültigkeit gegenüber diesem sich zu einer Kulturschande auswachsenden Problem. In die Arbeit zur endgültigen Abstellung des Übels!

Am Kriege, in Zeiten größter Erregung und chaotischer Wirtschaftszustände war es möglich, in kürzester Frist unsere Produktionsorganisationsmittel umzustellen. Sehr. Staatsmänner, Wirtschaftsorganisatoren, zeigt, was ihr könnt! Geht dem Wohnungsproblem einmal ernsthaft zu Leibe, erhaltet aufsehnend Industrie, Handwerk und Gewerbe für Zwecke des Wohnungsbau; setzt einen Staatskommissar für Wohnungsbau ein mit gesetzlichen Vollmachten, der

alle noch nicht begonnenen Bauvorhaben — außer Krankenhäusern — auf eine geleglich leitende Zeit unterbinden kann.

Sollte es denn doch nicht noch — sagen wir einmal zwei Jahre — ohne neue Kinopaläste, Reifenswarenhäuser, neue Kirchen, Gemeindegäulen usw. sein, für die Beteiligten gewiß lauter sehr wünschenswerte Sachen, gehen? Handelt es sich doch beim Wohnungsmangel um Wohl und Wehe Hunderttausender, um körperliche und sittliche Befundung ganzer Geschlechter. Ohne sofortige, durchgreifende Hilfe auf dem Gebiete des Wohnungswesens bleiben alle kulturellen Maßnahmen, selbst solche der Volkshygiene, Kunst und Heiligkeit. Sollen die Wohnungsuchenden durch jahrelanges, hoffnungsloses und darum zermürbendes Warten zu Hoffarn der diesem Problem gegenüber verlassenen Volksgemeinschaft werden? Darum, der mit Notmaßnahmen zur sofortigen Beseitigung der Wohnungsnot!

Das ist Förderung der Volkshygiene, Erziehung der Jugend, Habung der Moral; das ist Volksfürsorge; das ist praktisches Christentum — das wäre eine kulturelle Tat!

Anhänger aller Parteien, Mitglieder aller Kulturvereine, deutsche Volksgenossen — hört endlich auf den Hilferuf: Volk in Wohnungsnot!!! und — um eurer Ideale willen — rettet!

(gez.) Hans Holz,

Unbeförderter Stadtrat des Bezirksamtes Zehlendorf, Leiter des Wohnungsamtes.

## Kommunale Verwaltungsreform.

Eine Denkschrift des preussischen Landkreistages.

Die Verwaltungsreform beschäftigt besonders stark die Landkreise. Fürchten sie doch, daß eine neue Kreisverfassung einer Eingemeindungspolitik der Städte Vorschub leisten wird.

Durch die Kreisverfassung von 1832 ist die Verwaltungsform der Landkreise und der sie umgebenden kleinen und mittleren Städte bestimmt. Die durchgreifenden Veränderungen auf dem Gebiete der Verwaltung, der Bevölkerung und Steuerverwaltung, und die veränderte wirtschaftliche Entwicklung verlangen einen Ausbau der früheren Geographie. Der preussische Minister des Innern hat dem Staatsministerium eine eingehende Denkschrift über einen derartigen Ausbau vorgelegt. Die Regionalreform im Westen machte im Interesse der Landesbevölkerung Reformen notwendig.

Die Stellungnahme des Landkreistages zu den Kommunalverwaltungsreformen vertritt der Präsident des Landkreistages Stempel in einer Preisrede vor dem Landkreistag. Er betont, daß zwei Drittel der Gesamtbevölkerung in Landkreisen wohnen. Eine Landkreiserwaltung muß daher in ihrer Verfassung eine Elastizität besitzen, die erforderlich ist, die Interessen eines so großen Bevölkerungsteiles zu sichern.

Die preussischen Landkreise haben seit 1900 durch Austretung annähernd 2 Millionen Einwohner und 145 000 Hektar Gebietsfläche verloren. Der Verlust, den die Landgemeinden durch Gebietsabtretungen an die Großstädte erlitten haben, beträgt annähernd 3 Millionen Einwohner und 265 000 Hektar Fläche. Dieses „Wandern von Gebiet und Volk“ hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zur

Vorkriegszeit um das Vierfache beschleunigt. Er erklärte weiter, daß es zwar grundsätzlich richtig sei, durch die Regionalreform im Westen starke und leistungsfähige Verwaltungskörper zu schaffen. Es werde dies für Landkreis und Staat jedoch nur dann von Wert sein, wenn nach Beendigung der organischen Neugliederung das einmal Geschaffene für lange Zeit einen festen unveränderlichen Bestand habe. Damit die Landkreise fähig sind, ihre für die Landesbevölkerung wichtigen Aufgaben zu lösen, müsse die bisherige Kreisverfassung bewahrt und konzentriert gestaltet werden, wie das in dem Entwurf der preussischen Staatsregierung vom Jahre 1923 bereits vorgegeben war. Der Landkreis ist der naturgegebenste Träger des Kostenausgleichs zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Gemeinden.

Die „Großkreise“ oder „Stadtkreisverträge“, welche die freisongebirgen Gemeinden etwa nur als örtliche Verwaltungsstelle der zentralen Kreisverwaltung bestehen lassen will, lehnen die Landkreise auf das entschiedenste ab. Der Landkreis muß in seiner bisherigen Wirkform als Einheitsgemeinde und Gemeindeverband bestehen bleiben. Die Vorbedingungen dafür, daß die Landkreise die ihnen in der Zukunft zahlreich aufgegebenen wichtigen Aufgaben lösen können, sei die Stabilisierung ihrer Grenzen.

Die Landkreise haben natürlich ein großes Interesse daran, lebensfähig zu bleiben. Im Laufe der Entwicklung aber werden die Großstädte weiter wachsen, neue Eingemeindungen werden sicherlich unvermeidlich werden. Die Frage der Lebensfähigkeit der Landkreise wird in der Zukunft eines der wichtigsten, aber auch schwierigsten Probleme der Kommunalpolitik sein.

## Bädernot in Neukölln.

Es vor nunmehr 31 Jahren von einer kleinen Zahl rühriger Genossen, die zum Teil Mitglieder der bürgerlichen Schwimmbewegung waren, der Arbeiterschwimmbund gegründet wurde, nahm in dem aufgestellten Programm die Förderung „Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts in den Schulen“ den ersten und wichtigsten Platz ein. Dieser Wahnsinn pflegte sich fort. Jahr für Jahr gewannen er mehr Anhänger, und das bereits zu einer Zeit, in welcher von einer Sportbegeisterung keine Rede war.

Der Sport und in besonderer Weise der Schwimmsport dienen in erster Linie ja nicht dem Vergnügen, ihm wohnen vielmehr andere kulturelle und gesamtgesellschaftliche Werte inne, die heute von Pädagogen und Mediziner als auch von Laien besser erkannt werden wie früher. Diese Erkenntnis hat sehr viel dazu beigetragen, daß die durch den Krieg und die Nachkriegszeit stark untergrabene Volksgesundheit durch Schaffung von Sportplätzen und Badeanstalten neben den sozialhygienischen Einrichtungen sich zu heben beginnt. Nicht zuletzt sind es die Kinder, die mit unvorstellbarer Freude mit ihren Kameraden und Lehrern den in der freien Natur gelegenen Tümpeln und Bächen zufließen. Und ist die Jugend zu ihrem obersten Teil nicht auch ganz anders eingestellt als früher? Diese Tatsachen erkennen, heißt sie auch würdigen und mit mehrtem Eifer an die Aufbaubarbeit heranziehen.

In der ersten Septemberwoche hat ein Turngenosse im „Abend“ die Spiel- und Turnplatzfrage in Groß-Berlin behandelt und im Abluß seiner Darlegungen der Verwaltung mit Recht volle Anerkennung gesollt. Es ist eine alte Erfahrung, daß der Bedürfnisfrage stets nur eine sekundäre Bedeutung zukommt: Sind Gelegenheiten, gleich welcher Art, geschaffen, dann werden sie auch benutzt und auch ausgenutzt (siehe die mit der großartigen Verbesserung und Vermehrung der Berliner Verkehrsmittel gleichlaufende Verkehrsförderung). Ja, nun ist die Bedürfnisfrage angefallen. Kann da der Berliner Süden und der Bezirk Neukölln, der, jenseits der wassersportliebende Bevölkerung in Betracht kommt, auch nur einermäßig zufrieden sein? Keines! Seit der Schaffung der am Kauföller Südkanal gelegenen Sommerbäder sind 9 Jahre vergangen: Drei Schwimmbereine, darunter allein zwei Arbeitervereine, haben sich dort aufgestellt und im Laufe der Zeit aus jumeist eigenen Mitteln, unter größten materiellen Opfern der Mitglieder, Einrichtungen erbaut, auf die sie ein Recht haben, stolz zu sein. In diesen Jahren haben dort Landende das Schwimmen erlernt. Viele von ihnen haben ihr Können erfolgreich verwertet bei der Rettung Ertrinkender. Jährlich werden Hunderte von Kindern, besonders auch Mädchen und Halbwaisen, die von den Schulen durch die Verwaltung den Vereinen zugeführt worden sind, unentgeltlich unterrichtet, wozu sich befähigte und invidie Gesellen (hier kann ich nur von den freien Schwimmern Groß-Berlins sprechen) freiwillig zur Verfügung gestellt haben. Außer den mehr als 2000 Mitgliedern der Vereine tummeln sich an heißen und warmen Tagen Tausende Erholungsuchende, die trotz täglich von den Schwimmern mit Hilfe der von der Stadt zur Verfügung gestellten Rettungsabnabe betreut werden. Warum herrscht hier nun ein so reges Leben? Weil diese Bäderstellen ohne Fahrkosten und mit nur geringem Zeitaufwand zu erreichen sind und auch sonst keine Geldeausgaben notwendig macht!

Seit April dieses Jahres ist bekannt, daß die Verwaltung der Untergrundbahn das Gelände zwischen der Grenzallee und Sievers-Ufer für den Bau eines Abstellbahnhofes benötigt. Demzufolge wird der Magistrat Groß-Berlins darauf hin, beide Seiten des Kanals bis Ende dieses Jahres räumen zu lassen. Ob das Industriegebiet mit dieser Eile vorbereitet werden muß, ist eine Frage, die nicht bestimmt beantwortet werden kann. Wenn man bedenkt, daß von der Brücke Grenzallee bis zu den Badepfützen der Vereine circa 500 Meter Kanalstrecke liegt, so könnte dies für den geplanten Bad ausreißend genug sein. Eine genaue Orientierung ist leider nicht möglich, weil ein Bauplan nicht veröffentlicht ist. Die Bezirksversammlung und der Magistrat Neukölln haben sich bereits mit den Dingen beschäftigt und sind als Kenner der Verhältnisse übereingekommen, den Vereinen die Bäderplätze solange zu lassen, bis die geplanten Freibadanstalten fertiggestellt sind. Es wäre dringend erwünscht, daß auch die verantwortlichen Berliner Stellen diesem anerkanntswürdigen Beschluß beistimmen. Die Projekte für die Errichtung von Sommerbädern in Neukölln bestehen ja nicht erst seit kurzer Zeit. Schon vor Jahren, als die Inflation sich so unheilvoll auswirkte, waren sie Gegenstand von Besprechungen, zu denen teilweise auch die Vereinsvertreter hinzugezogen wurden. Jedoch ist bis heute nichts geschehen. Die Neuköllner Bevölkerung ist vollständig auf dem Trockenen, wenn nach der Bekämpfung der alten „Stollenburgischen“ Bäderanstalt nun auch noch die einzige Bademöglichkeit im Kanal vernichtet wird. Die Tausende die mit ihren Kindern sorgsam umgeben müssen, gehen einig mit der Neuköllner Verwaltung und würden es für unehrenhaft halten wenn, bevor eine angemessene Regelung dieser überaus wichtigen Angelegenheit getroffen ist, das Bestehende der Vernichtung preisgegeben wird. Es geht um mehr als nur um die Erfüllung der berechtigten Wünsche eingewohnter Vereine, und so möge das Abgeben im Kanal am 16. September 1926 nicht das letzte gewesen sein oder aber, joral, Stadtdiener, besitz, daß das Abgeben im Kanal 1920 an einem noch schöner gelegenen Bache stattfindet.

# 21.-28. Okt.: Werbewoche für die Sozialdemokratie!

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Alle Genossinnen und Genossen, die bei der Stellung der Gruppen für den Aufzug am 21. Oktober mitwirken, treffen sich am Sonntag, dem 14. Oktober, vormittags 10 Uhr, auf dem 2. Hof im Hause Lindenstraße 3. Die Objekte der Bildungsausschüsse werden ebenfalls gegeben, zu erscheinen. Parteibuch als Legitimation ist mitzubringen.

1. Kreis Kreuzberg. Die zur geführten Wählerliste entnommenen Karten sind im Rathaus bei der Jugendgruppe abzurufen.
7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonnabend, 13. Oktober, von 17-18 Uhr im Jugendheim Rosenstr. 4. Gelegenheit zum Rückfragen!
9. Kreis Wilmersdorf. Montag, 15. Oktober, 20 Uhr, bei Schramm, Hohenzollernstr. 7. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.
11. Kreis Schöneberg. Sonnabend, 13. Oktober, veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend einen Herbstabend im Foyer der Schule Wartburgplatz. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, die Veranstaltung zu unterstützen und ihre Kinder der SAJ anzuführen.
12. Kreis Tempelhof. Die für die Führergruppe bestimmten Genossen treffen sich am Sonntag, 14. Oktober, pünktlich 10 Uhr, in Berlin, Lindenstr. 3, 4. Hof. — Montag, 15. Oktober, 20 Uhr, in Tempelhof, Poststr. 42. Parteikonferenz. — Der am Dienstag, 16. Oktober, beginnende Kursus der Klassen 17. Parteipublikum über „Sozialistische Wirtschaftstheorie und Stellung der modernen Industriearbeiter im Staat“ findet im Jugendheim Kreuzberg, Germaniastr. 4, Eingang Werderstraße, statt.

### Heute, Sonnabend, 13. Oktober:

12. Wkt. Prenzlauer Berg. 20 Uhr in den Schillerkassen, Piesdorf, Königstraße 176, Vorführung des Films „Panzertruppe Rotmilch“. Teilnehmer: Gen. Fied. Alle Genossinnen und Genossen sowie Gewerkschaftler sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Prenzlauer Berg. Heute 20 Uhr in Prenzlauer Berg, im Hotel Zimmermann, „Kaiserhofstr. 176“, Vorführung des Films „Panzertruppe Rotmilch“. Teilnehmer: Gen. Fied. Alle Genossinnen und Genossen sowie Gewerkschaftler sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

### Montag, 15. Oktober:

12. Wkt. Prenzlauer Berg. 20 Uhr in Prenzlauer Berg, im Hotel Zimmermann, „Kaiserhofstr. 176“, Vorführung des Films „Panzertruppe Rotmilch“. Teilnehmer: Gen. Fied. Alle Genossinnen und Genossen sowie Gewerkschaftler sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

### Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt:

1. Kreis Kreuzberg. Heute, Sonnabend, 13. Oktober, Führung durch das Waisenhaus, alle Genossinnen sind herzlich eingeladen.

### Jungsozialisten.

Die nächste Gruppenkonferenz findet am Mittwoch, 17. Oktober, pünktlich 18 Uhr, im Saal der Arbeiterwohlfahrt, Kreuzberg, 11, statt. Nächster politischer Parteitag findet am Donnerstag, 18. Oktober, pünktlich 19 Uhr, im Saal der Arbeiterwohlfahrt, Kreuzberg, 11, statt. Teilnehmer: Gen. Fied. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

### Kinderfreunde Groß-Berlin:

Sechs Mütter treffen sich heute um 18 Uhr zur Arbeit der Partei im Saal der Arbeiterwohlfahrt, Kreuzberg, 11, statt. Teilnehmer: Gen. Fied. Alle Genossinnen sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

12. Wkt. Charlottenburg. Unsere Genossin Anna Fischer, Friedbergstr. 1, ist gestorben. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Wir werden ihre Arbeit für die Partei in bester Erinnerung behalten.

### Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Abteilungsleiter! Der Bericht über die Arbeit für das 3. Quartal und das Programm für das 4. Quartal müssen abgegeben werden. — Die Karten für die Parteikonferenz am 20. September müssen umgehend von den Abteilungen zurückgegeben werden. — Die Karten für die Parteikonferenz am 20. September müssen umgehend von den Abteilungen zurückgegeben werden. — Die Karten für die Parteikonferenz am 20. September müssen umgehend von den Abteilungen zurückgegeben werden.

Alle Sozialistische Partei. Karten für „Das Sozialistische Programm“ am Sonntag, dem 20. Oktober, 19 Uhr, im Großen Saal des ehemaligen Deutschen Hauses, Potsdamer Straße, sind im Jugendsekretariat erhältlich.

Parteivorstandstagung Montag, 15. Oktober, pünktlich 19 Uhr, im großen Sitzungssaal des Parteibüros, Poststr. 11. Ohne Ausnahme und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

### Heute, Sonnabend, 13. Oktober:

Kreuzberg: Beim Kochhaus, alle Genossinnen: Einführungabend, 19 Uhr. Alle interessierten Parteigenossinnen und -genossen der 14., 15., 16. Wkt. sind herzlich eingeladen. — Prenzlauer Berg: Treffpunkt zur Fahrt nach Prenzlauer Berg 17 Uhr am Pfl. Prenzlauer Berg. — Prenzlauer Berg: Treffpunkt zur Fahrt nach Prenzlauer Berg 19 Uhr am Pfl. Prenzlauer Berg. — Prenzlauer Berg: Treffpunkt zur Fahrt nach Prenzlauer Berg 21 Uhr am Pfl. Prenzlauer Berg.

Waisenhaus: 20 Uhr am Waisenhaus (Kreuzberg). Musik, Jugendklub, Volkstheater, Theaterklub, etc. Alle Freunde der Jugend werden um ihren Besuch gebeten.

### Morgen, Sonntag, 14. Oktober:

Kreuzberg VII: Fahrt nach Prenzlauer Berg. Treffpunkt 7 Uhr Pfl. Prenzlauer Berg. — Kreuzberg VIII: Fahrt nach Prenzlauer Berg. Treffpunkt 8 Uhr Pfl. Prenzlauer Berg. — Kreuzberg IX: Fahrt nach Prenzlauer Berg. Treffpunkt 9 Uhr Pfl. Prenzlauer Berg. — Kreuzberg X: Fahrt nach Prenzlauer Berg. Treffpunkt 10 Uhr Pfl. Prenzlauer Berg.

Waisenhaus: Die Mitglieder, die nicht auf Fahrt gehen, betreffen sich am der Einmündung des Sozialistischen Tempelhofers Teil des Parteibüros um 14 Uhr. Eingang Prenzlauer Berg.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**  
 Geschäftsstelle: Berlin C 14, Seebahnstr. 27A, Hof 2 Tr.  
 Sonnabend, 13. Oktober, Tempelhof: 20 Uhr Gedächtnisfeier im Gedächtnis der Gefallenen. Eintritt 1 M. — Sonntag, 14. Oktober, Tempelhof: 20 Uhr Gedächtnisfeier im Gedächtnis der Gefallenen. Eintritt 1 M. — Sonntag, 14. Oktober, Tempelhof: 20 Uhr Gedächtnisfeier im Gedächtnis der Gefallenen. Eintritt 1 M. — Sonntag, 14. Oktober, Tempelhof: 20 Uhr Gedächtnisfeier im Gedächtnis der Gefallenen. Eintritt 1 M.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag 11 Uhr Tempelhof 13, Prenzlauer Berg 13, Pfl. Prenzlauer Berg. — Sonntag 11 Uhr Tempelhof 13, Prenzlauer Berg 13, Pfl. Prenzlauer Berg. — Sonntag 11 Uhr Tempelhof 13, Prenzlauer Berg 13, Pfl. Prenzlauer Berg.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdruck verboten). Wolkig bis heiter, ohne wesentliche Niederschläge, 10 bis 15 Grad Celsius. — Für Deutschland: Am Süden und Südosten kräftig und regnerisch, im Osten noch unbeständig, sonst vorwiegend trocken. Im Norden Nachtlage.

Verantwortlich für Text: Dr. Carl Gross; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gemeindefortschritt: Friedrich; Kultur: Neumann; Dr. John; Sozialistische; Politik: Anton; Reichsbanner; Arbeiterwohlfahrt; Jugend; etc.

**Wissen Sie schon, daß dieser Mantel**

in reinwollenem Velours de laine mit modernen grossem andersfarbigen Plüschkragen und modernen Plüschmanschetten bis Größe 48

**nur 29.50 kostet?**

**HE R M A N N**

Leipziger Straße  
 Alexanderplatz  
 Frankfurter Allee  
 Bellevue-Str.  
 Wilmersdorfer Str.  
 Brunnenstrasse  
 Kottbuser Baum  
 Andreasstrasse  
 Chausseestrasse

## Pfarrer Heumanns Heilmittel

siets auch vorrätig in den Niederlagen:

**Haus-Apotheke**  
 Berlin N 31, Anklamer Straße 20, a d. Ecke Brunnenstr. 3 Min. v. Rosenthaler Pl.

**Adler-Apotheke**  
 Berlin - Friedenau, Rheinstraße 16.

**Friedrich-Wilhelm-Apotheke**  
 Charlottenburg 2, Leibnizstraße 100.

**Beesee-Apotheke**  
 Berlin O, Gubener Straße 23

**Schwetzer Apotheke**  
 Berlin W 8, Friedrichstraße 172.

**Kronen-Apotheke**  
 Spandau, Schönwalder Str. 26

**Rosen-Apotheke Eichwalde-Berlin**

**Das Pfarrer-Heumann-Buch**  
 (272 Seiten, 150 Abbildungen) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von  
**Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M. G.**



# Franzosenfahne gestohlen.

Neuer Zwischenfall im besetzten Gebiet.

Zweibrücken, 12. Oktober.

In der vergangenen Nacht wurde die Tricolore der französischen Offizierskassinos am Herzogsplatz herabgerissen. Der Fahnenstange, der auf einem Balkon befestigt war, wurde zur Hälfte abgebrochen und mit der Fahne verschleppt. Seit den frühen Morgenstunden ist die Staatsanwaltschaft mit der Aufklärung des Verbrechens beschäftigt. Die Fahne ist noch nicht gefunden worden.

Es ist kein Zweifel daran, daß im besetzten Gebiet Elemente am Werke sind, die durch solche Taten um jeden Preis die deutsch-französischen Beziehungen zu trüben und die Räumungsaussichten zu verschlechtern versuchen. Die Täter sind zweifellos im hakenkreuzerischen Lager zu suchen. Ihr scheinbar „patriotisches“ Verhalten ist gleichzustellen mit Landesverrat. Denn sie schädigen bewußt nicht nur ihre unmittelbaren Landsleute, die die Folgen solcher Streiche ausbaden müssen, sondern die gesamte auf baldige Räumung des Rheinlandes und der Pfalz gerichtete Außenpolitik des Deutschen Reiches.

Erst vor vier Monaten war in Zweibrücken genau die selbe Tat verübt worden. Nur durch schwierige diplomatische Verhandlungen gelang es damals, die formalrechtlich zulässige, politisch aber unannehmbare Forderung der französischen Militärbehörden auf Auslieferung der nach Baden geflüchteten Täter rückgängig zu machen. Die abermalige Herunterreißung und Verschleppung der Fahne des Offizierskassinos bedeutet unter diesen Umständen eine bewußte Herausforderung der Befehlsmacht und den offensivsten Versuch, einen schweren diplomatischen Zwischenfall heraufzubeschwören.

Kein Wort der Beurteilung kann zur Brandmarkung solcher Vandalenstreichs scharf genug sein. Gerade die Reichsbehörden haben die Pflicht, im Interesse der Rheinlandsbevölkerung und der gesamten Außenpolitik, die Täter rückstandslos zu verfolgen und erbarmungslos zu bestrafen.

Abermals zeigt sich aber die geradezu unerträgliche Lage, die durch die Fortdauer der Besetzung geschaffen wird: Solange sie andauert, muß man zu jeder Stunde mit der Möglichkeit rechnen, daß ein paar fanatisierte Strolche durch solche Vandalenstreichs oder daß Angehörige der Besatzungsarmee durch Gewalttaten wie im Falle Rouzier die ganze Annäherungspolitik zwischen 60 Millionen Deutschen und 40 Millionen Franzosen gefährden!

## In der Pfalz bleibt man scharf!

Landau, 12. Oktober.

Das französische Kriegsgericht fällt gegen den Kaufmann Schuch, der beschuldigt wird, bei einer Kirchweih im August zwei französische Sergeanten mit zwei Fußtritten bedacht zu haben, folgendes Urteil: Schuch wird wegen beleidigender Haltung und Körperverletzung unter Anrechnung mildernder Umstände zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der in Abwesenheit angelegte Nagel aus dem Rechtsrheinischen erhielt 3 Jahre Gefängnis und 300 Franken Geldstrafe.

## Volkshundprozeß in Kattowitz.

Eine unmögliche Anklage.

Kattowitz, 12. Oktober.

Nach der Vertagung des Prozesses gegen das Vorstandsmitglied des Deutschen Volkshundes, Schulrat a. D. Dubet, auf Sonntagabend, begann Freitag vormittags vor der Strafkammer in Kattowitz der Teilprozeß gegen die Geschäftsführerin des Bezirksamtes Königsblüte, Fräulein Ernst, und weitere Volkshundmitglieder. Zu dem Prozeß sind 16 Zeugen erschienen sowie militärische Sachverständige und politische Zeugen. Die Verteidigung führen Hg. Dr. Stebermann-Warschau (Poln. Soz.) und Dr. Woj. Kattowitz. Die Anklage legt den Angeklagten zur Last,

ungültige Auskünfte an das deutsche Generalkonsulat

in Kattowitz über polnische Staatsbürger gegeben zu haben. Die Schriftsachen, die als Beweismittel vorgelegt werden, waren durch Spionage aus dem Generalkonsulat gestohlen und photographiert worden.

Fräulein Ernst gab zu, in zwei Fällen Urheberin der vorgelegten Schreiben zu sein, in allen anderen Fällen bestritt sie ihre Urheberschaft. Die Angeklagte versicherte, daß die Schreiben lediglich den Zweck gehabt hätten, zu verhindern, daß Personen, die ihre Nationalität je nach den wirtschaftlichen Interessen ständig wechselten, wiederum in die deutsche Volksgemeinschaft aufgenommen würden, da weder Polen noch Deutschland auf solche Benennungen Wert legen können. Ein Sachverständiger fragte, warum der Volkshund sich in Genf dafür einsetze, daß polnische Kinder die deutsche Waisenheime besuchen sollten. (1) Diese Frage wurde vom Vorlesenden abgelehnt. Die anderen Angeklagten gaben in den meisten Fällen zu, die betreffenden Schreiben geschrieben zu haben, betonen aber, daß es ihnen ferngelegen habe, den polnischen Staat und seine Bürger dadurch zu schädigen.

Der Leiter des polnischen Nachrichtenbüros erklärte, daß drei Angeklagte beim deutschen Generalkonsulat Kattowitz und ein Angeklagter beim deutschen Volkshund Spionage des polnischen Nachrichtenbüros

bewiesen seien. Die Akten vom Konsulat seien durch diese beschafft und photographiert worden. Die Post zwischen Volkshund und Konsulat sei kontrolliert worden. Selbst von den sich zum polnischen Volkstum bekennenden Zeugen wurde den Angeklagten ein außerordentlich günstiges Zeugnis über ihr persönliches Verhalten zum polnischen Staat ausgestellt.

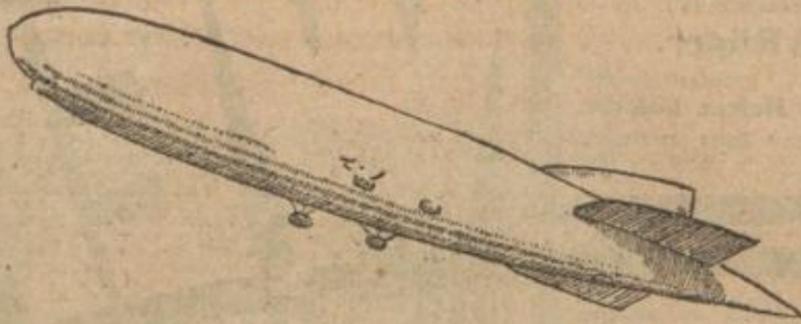
Nach der Schluß der Zeugenvernehmung kam es zu einem Zwischenfall. Als ein polnischer Postbeamter sich außerordentlich unflätig über einen Angeklagten äußerte, erlaube sich ein Beisitzer am Richterlich die Bemerkung, es sei immer gut, bei der Postzeit Protesten zu haben. Die Verteidigung griff diese Bemerkung auf und stellte den Antrag auf Ausschluß dieses Beisitzers wegen Verletzung der Neutralität gegen die Angeklagten. Der Vorsitzende verkündete darauf eine zwischensitzende Pause, um über diesen Antrag Beschluß fassen zu können.

Schließlich teilte der Vorsitzende mit, daß der Antrag abgelehnt ist. Daraus wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Sachverständigen gehört.

Kattowitz, 10. Oktober.

Durch eine Verordnung des Innenministeriums sind die Magistrate von Sosnowice und Dambrowa, die aus Sozialisten bestehen, ohne Angabe von Gründen aufgelöst worden. Auch die sozialistischen Magistrate von Bendzin und Czestochowa sollen aufgelöst werden.

# Der Ueber-Zeppelin.



„Bei uns in der SPD. fliegt man viel schneller.“  
„Wie denn?“  
„Mit Effi-Brief!“

# Anzeigepflicht und Verwandtschaft.

## Sozialdemokratie für Anzeigepflichtbefreiung bei eheähnlichen Gemeinschaften.

Der Straßengesetzsausschuß des Reichstags begann gestern die Beratung des § 10, der bestimmt, in welchen Fällen Verwandtschaftsverhältnisse die Pflicht zu einer Strafanzzeige aufheben. Nach dem Gesetzesentwurf sollen als solche Angehörige angesehen werden, Verwandte und Verschwiegerter, Adoptiv- und Pflegeeltern, Ehegatten, Geschwister, Ehegatten der Geschwister, Geschwister der Ehegatten und Verlobte. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte die Gleichstellung derjenigen Personen, die „in eheähnlicher Gemeinschaft“ miteinander leben (Lebensgefährten).

Genosse Dr. Rosenfeld begründete diesen Antrag unter Hinweis darauf, daß heute vielfach Menschen miteinander leben und leben müssen, die die Ehegemeinschaft nicht vornehmen können oder wollen und die doch eine Lebensgemeinschaft bilden, die Anspruch auf Berücksichtigung hat. Solche Ehegemeinschaften als Konkubinate zu behandeln und, wie es in einzelnen Ländern noch zulässig sei, sogar zu bestrafen, stünde im Widerspruch mit der modernen Entwicklung. Niemand könne ernstlich einen Menschen, der mit einem anderen zusammenlebe, zumuten, diesen wegen eines Verbrechens anzuzeigen, wegen dessen sonst Anzeigepflicht besteht. In diesen streitigen Fällen, die Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung betreffen, seien die Lebensgefährten bereits gesetzlich anerkannt, und auch in Deutschland müsse, wenn man eine Reform machen wolle, die diesen Namen verdient, der modernen Entwicklung Rechnung getragen werden.

In der Aussprache äußerte sich nun der Abg. Hölein (Komm.) zustimmend, die Vertreter aller bürgerlichen Parteien hielten es für richtiger zu schweigen.

Die Abstimmung wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

## Die Frage der Zurechnungsfähigkeit.

Eine eingehende Erörterung fanden die Probleme der Zurechnungsfähigkeit und der verminderten Zurechnungsfähigkeit. Bei Zurechnungsunfähigkeit ist der Täter nicht strafbar,

bei vermindelter Zurechnungsfähigkeit ist die Strafe zu mildern. Diese „Ruhvorschrift“ war auf sozialdemokratischen Antrag bei den früheren Beratungen eingefügt worden. Jetzt beantragte Abg. Hanemann (Dnat.) diese Ruhvorschrift in eine Konnovorschrift umzuwandeln.

Genosse Pfaff trat dem deutschnationalen Antrag entgegen. Sie führte aus, daß die verminderte Zurechnungsfähigkeit auch ohne Verschulden eintreten kann. Bei der Beurteilung müsse berücksichtigt werden, in welchem Geisteszustand der Täter zur Zeit der Tat war. War er auch nur vermindert zurechnungsfähig, so muß in allen Fällen die Strafe gemildert werden. In den Fällen, in denen der Alkohol zu einer verminderten Zurechnungsfähigkeit geführt habe, dürfe man nicht nur an strafrechtliche Bestimmungen denken. Die Sozialdemokraten seien gewillt für die Bekämpfung des Alkohols. Dies müsse aber vor allem durch soziale und wirtschaftliche Maßnahmen geschehen. Wenn die Milderung der Strafe in das Belieben der Richter gestellt werde, bestünde die große Gefahr der kassenmäßigen Anwendung des Gesetzes.

Oberreichsanwalt Obermeier erwiderte, daß man unterscheiden müsse, ob ein Angeklagter sich schuldig in den Zustand der verminderten Zurechnungsfähigkeit gefügt habe. Wo die verminderte Zurechnungsfähigkeit auf Verschulden beruhe, dürfe die Strafe nicht gemildert werden.

Genosse Landsberg entgegnete, daß die Kinder von Alkoholikern des Anspruchs auf mildere Bestrafung nicht deshalb beraubt werden dürften, weil es Säufer gebe, die auf Sympathie keinen Anspruch hätten. Die Annahme des deutschnationalen Antrags würde sich kassenmäßig dahin auswirken, daß betrunkene Studenten milde, Arbeiter aber leicht drakonisch bestraft werden würden.

Abg. Alexander (Komm.) pflichtete diesen Ausführungen bei. Die Abstimmungen sollen in der nächsten Sitzung erfolgen.

## General Percin gestorben.

Ein mutiger Fri denstämpfer.

Paris, 12. Oktober. (Eigenbericht.)

Der französische General Alexandre Percin, dessen patriotische Propagandaarbeit nach dem Kriege in der französischen Öffentlichkeit häufig beträchtliches Aufsehen hervorrief, ist am Freitag im Alter von 82 Jahren in seiner Pariser Wohnung gestorben. Percin war Träger des Großkreuzes der Ehrenlegion und wurde nach der Veröffentlichung patriotischer Artikel über Maßnahmen vor ein Ehrengericht des Ordens zitiert. Der Orden sollte ihm abgenommen werden. Nicht minder unmissbar wurde von seinen Standesgenossen und vielen Kroffen der französischen Bourgeoisie sein Eintreten für die Einführung einer Rüst- und gegen die einseitige Entwaffnung Deutschlands bemerkt. Von seinen der Friedensidee dienenden Schriften seien erwähnt: „Die Armee von morgen“ (1920) und „Das Rossifer unserer Infanterie“ (1921).

## Der liebe Gott auf der Bühne.

Aufführung in den „Kammerspielen“.

Walter Hasenclevers Komödie „Ehen werden im Himmel geschlossen“ spielt zum Teil im Himmel, zum Teil auf der Erde. Der liebe Gott versucht auf mehrere Arten die Menschen nach seinem Willen zu lenken. Aber er renkt auch nichts ein. Wie er es macht, immer wird es falsch. Aufmarsch hervorragender Darsteller, aber keine Rollen für sie, außer einer: Carolina Reher. Herzlicher Beifall. Hasenclevers mehrmals vor der Rampe dgr.

## Lloyd George als Prophet.

Eine Rede auf dem liberalen Parteitag.

London, 12. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf dem liberalen Parteitag in Barmouth hielt am Freitag Lloyd George eine mit großer Spannung erwartete Rede, in der er die Haltung der Liberalen Partei bei den im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen kennzeichnete. Er beantwortete die von dem Premierminister auf dem konservativen Parteitag an ihn gerichtete Frage, was er tun werde, wenn er sich in der Minorität befinde, mit der entsprechenden Gegenfrage, ob Baldwin eine liberale oder eine Arbeiterregierung unterstützen würde, wenn er sich in der Minorität befinde. Die liberale Partei werde es jedenfalls zu vermeiden wissen, das Experiment von 1924 zu wiederholen. Die liberale Partei werde als unabhängige Partei in den Wahlkampf gehen und auch in dem neuen Parlament eine unabhängige Partei bleiben. Sie sei weder für die Sozialisten noch für die Tories, sondern stehe beiden gleich oppositionell gegenüber.

Lloyd George prophezeite zum Schluß seiner Rede über den Ausgang der Wahlen folgendes: Die gegenwärtige Regierung werde durch die überwältigende Mehrheit der Wähler verdammt werden. Die Liberalen würden außerordentlich an Stimmen gewinnen. Die Arbeiterpartei würde aber nie die absolute Mehrheit erlangen.

Die Auflösung der Gutsbezirke in Preußen ist zum größten Teil durchgeführt. Nur bei einem Rest von etwa 800 Gutsbezirken ist die Entscheidung noch nicht getroffen. Während nach dem in der verflochtenen Woche vom Landtage gefassten Beschlusse die Wahlen für die kommunalen Körperschaften allgemein im letzten Vierteljahr 1929 stattfinden sollen, werden die Wahlen für die durch die Auflösung der Gutsbezirke neu geschaffenen kommunalen Gebilde am 2. Dezember d. J. stattfinden.

